Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 156. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 1. April 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

31. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (31. März).

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertisch Graf Itzenplitz, Bank-Präsident Dechend und drei andeae Commissare der Regierung. Die Tribünen sind gefüllt.

Präsident Grabow befragt das Haus, wie mit der vom Herrenhause angenommenen allgemeinen Wegeordnung verfahren werden soll. Auf seinen Vorschlag wird diese Vorlage einer Commission von 24 Mitgliedern überwiesen, deren je drei eine der acht Provinzen des Staates vertreten.

Auf der Tagesordnung steht die Ergänzung der Bankordnung v. 5. Okt. 1846. An Stelle des Referenten Abg. v. d. Heydt, der eines Trauerfalles wegen noch immer beurlaubt ist, tritt der Correferent Abg. Röpell ein. Beim Eintritt in die allgemeine Debatte macht der Präsident die Redner des Hauses darauf aufmerksam, daß sie sich sorgfältiger, als es in den verflossenen Tagen geschehen ist, des unterscheidenden Charakters der allgemeinen und der Special-Debatte erinnern möchten. — Prince-Smith bemerkt dazu, wie schwer sich im vorliegenden Falle diese Trennung der Gesichtspunkte aufrecht erhalten lasse. Der Präsident warnt nur vor einem Rückfall in die allgemeine Debatte, wenn die einzelnen Paragraphen berathen werden.

Zum Verständniß der Diskussion wiederholen wir schon an dieser Stelle, daß der § 1 der Regierungs-Vorlage die Befugniß zur Begründung von Filialen für ganz Deutschland in Anspruch nimmt, § 1 des Commissionsberichtes sie auf Hamburg und die Elbherzogthümer einschränkt, der Zusatzantrag von Michaelis, v. Hennig und Faucher, die ungedeckten Noten in jedem Falle auf 60 Millionen limitirt und ein Zusatzantrag von Wagener den wörtlichen Inhalt der Regierungs-Vorlage aufnimmt. — Vor Eröffnung der allgemeinen Diskussion erhält das Wort der

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich bitte, die Sache doch einfach so zu nehmen, wie sie liegt. Es handelt sich hier durchaus nicht um eine Reorganisation der Bank. Diese besteht gesetzlich und hat ihre gesetzlichen Vertreter, ohne deren Zustimmung ich Nichts thue, und ich hätte auch dieses Gesetz nicht vorgebracht, wenn sie nicht alle einstimmig dafür gewesen wären. Ich muß mich daher aus dem Grunde aufs Entschiedenste gegen das Amendement des Hrn. Michaelis u. Gen. erklären, weil ich sonst in Widerspruch käme mit den Vertretern der Bank, die durchaus dagegen sind. Die Annahme dieses Amendements kann ich nicht anders als einer Verwerfung des Gesetzes gleichachten. Ich kann unmöglich glauben, daß das Haus dem natürlichen Fortschritt, der darin liegt, im Auslande Commanditen zu errichten, wenn das Bedürfniß danach im Inlande erschöpft ist, entgegentreten will. Mit dem von der Commission zu § 3 gestellten Amendement erkläre ich mich einverstanden, dagegen das Amendement zu § 1, welches die Ausdehnung der Commanditen auf Hamburg und die Elbherzogthümer einschränkt, kann ich in keiner Weise acceptiren. Eine solche Beschränkung würde dem Zwecke, den das Gesetz im Auge hat, nicht nur nicht entsprechen, sondern der ganzen Vorlage von vornherein ihren Kern und ihre Bedeutung nehmen.

Abg. Overweg (für die Regierungsvorlage): Das Bankinstitut ist bis zum Jahre 1871 keiner Aenderung unterworfen. Sprechen Sie sich also gegen die Ausdehnung der preußischen Bank über Deutschland aus, so werden Sie den Staat dadurch doch nicht von den Uebeln bewahren, welche Sie zu befürchten scheinen. Der Staat kann, wenn er mit der Bank politisches Kapital machen will, dies bis 1871 vollständig ungehindert thun, und dasselbe Moment tritt auch den Einwendungen der Volkswirthe gegen die Vorlage entgegen. Vom praktischen Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die Annahme der Regierungsvorlage sehr wünschenswerth. Der größte Theil der Kaufleute und Gewerbetreibenden unseres Landes wünscht diese Annahme; die Handelskammern, die Presse haben sich dafür ausgesprochen. Die westfälischen Handelskammern haben die Vorlage ganz besonders empfohlen. Die Mittel zu einem ausgedehnteren Bankverkehr sind hinlänglich vorhanden. Die Bank verfügt im Ueberfluß über Fonds, sie besitzt an Effecten u. dgl. ein Kapital von 20 Millionen, welches vollkommen für die Unternehmung ausreicht. Besondere Vortheile bieten sich für die Gründung einer Filiale in Hamburg dar, die dort bestehende Markbanco-Valuta führt zu vielfachen Nachtheilen, welche die Thaler-Valuta vollständig heben würde. Dennoch aber glaube ich eine Beschränkung der Bankausdehnung auf Hamburg und die Elbherzogthümer nicht befürworten zu können. Ich glaube vielmehr, daß die Anlegung von Bankfilialen in Leipzig und Bremen von größerem Vortheil sein würde.

In Leipzig ist der Umschlag schon jetzt sehr groß, der Gewinn wird jedoch durch die Provision beeinträchtigt, welche bis jetzt zu zahlen war, und fortfallen würde, wenn eine Bankfiliale in Leipzig gegründet werden kann. Große Vortheile stellt ebenso Bremen in Aussicht. Bremen hat die Gold-Valuta und die Verrechnung derselben kostet fortwährend Geld. Durch die Silber-Valuta würden wir sie nach und nach beseitigen. — Dem gegenüber kann man dem Handelsstande nicht zumuthen, daß er die Beschränkung der Filialen auf Hamburg und die Elbherzogthümer wünschen soll, zumal in Hamburg zunächst große Geschäfte nicht zu erwarten sind. In der Regel ist der Discont in Hamburg am niedrigsten, somit steht immer nur ein beschränktes Geschäft in Aussicht, abgesehen von den großen für die Einrichtung erforderlichen Kosten, welche den Gewinn vorerst völlig in Frage stellen. Aehnliche Gesichtspunkte bietet die Ausdehnung auf die Elbherzogthümer dar. Ich behalte mir daher vor, im Fall der Ablehnung des § 1 der Regierungsvorlage, ein Amendement einzubringen, und darin noch einige Handelsplätze vorzuschlagen. Die politischen Bedenken der Commission vermag ich nicht zu theilen, die Gefahren sind in der That nicht groß. Die Bank ist kein reines Staatsinstitut, die Antheilsinhaber, welche ein Capital von 15 Millionen zu vertreten haben, werden das Institut schon vor Gefahren zu schützen wissen. Uebrigens verdient die zeitige Verwaltung der Bank vollstes Vertrauen, und ich trage kein Bedenken, die beabsichtigte Erweiterung in ihre Hand zu legen. Die Verwaltung wird sich mit der Anlegung von Filialen der Bank nicht übereilen, sondern jedenfalls dabei die Erfahrung mitsprechen lassen.

Abg. Dr. Ziegert (für die Commissions-Anträge): Es kommt vor allem darauf an, daß die Lage der Bank durch ihre Ausdehnung über die Grenzen des Landes nicht alterirt wird. Die Verwaltung würde sich also auf dem fremden Boden vornämlich vor dem Lombard-Geschäft zu hüten haben, und obwohl ich nicht glaube, daß nach Annahme der Regierungs-Vorlage die Bank sich tumultuarisch in allen deutschen Orten festsetzen würde, so liegt doch eine gewisse Sicherheit in einer vorläufigen Beschränkung. Die Regierung wird die weitere Ausdehnung ihrer Filialen im Wege der Spezial-Gesetzgebung immer noch erlangen können.

Abg. Gneist. M. H.! Ich erkenne alle die durch die Gesetzesvorlage gebotenen großen und zahlreichen Vortheile für den Geldverkehr und für die Hebung und Entwickelung der Geldoperationen gern und willig an. Aber diese Ueberfülle von vortheilhaften Gesichtspunkten und glücklichen Voraussetzungen, die aus einer einzigen, kleinen, gesetzlichen Veränderung der Bankordnung, wie sie die Regierung verlangt, hervorgehen würden, möchte ich vergleichen mit dem Ring des Polykrates. Bei ruhiger Ueberlegung zeigt sich, daß, je länger die Verwirklichung aller dieser Vortheile dauert, um so drohender die Gewißheit der Gefahren an uns herantritt, welche von der Vereinigung aller dieser Vorzüge nicht zu trennen sind. Es liegt hier ein Fall vor, m. H., wo die Summe der gebotenen Interessen auf die Dauer nicht das Gesammtinteresse in sich birgt. — Die Schwierigkeit dieser Frage liegt, wie ich glaube, allein in der zusammengesetzten Natur eines Instituts, welches Staat und Bankier in einer Person ist. Diese zusammengesetzte Natur macht es unvermeidlich, daß die Finanz anfängt politisch zu fühlen, und die Politik finanziell zu fühlen (sehr richtig!) und aus solcher Kreuzung, m. H., entsteht immer ein sehr unsicheres Verhältniß. Die gewaltige Wucht des preußischen Finanzinstituts in der Welt des Credits beruht nicht auf seinem Stammkapital, sondern auf dem ungeheueren Gewicht, daß diesen Credit der Finanzhof, also der Staat, und zuletzt die Steuerzahler geben. Trotz dieser gewaltigen Garantie aber sehen wir doch bei Finanzkrisen unvermeidlich die Staatsbanken der Gefahr der Opfer nicht entgehen, sehen sie in jedem Menschenalter wenigstens einmal an der Grenze der dringenden Gefahr des Bankbruches und sehr häufig des wirklichen Bankbruches.

Diese bedenkliche Seite wird allein scheinbar durch die Erwägung gemildert, daß diejenigen, die lange Jahre die Vortheile eines Instituts genossen haben, naturgemäß auch die schwere Rechnung der Verluste auf sich nehmen müssen. Denken Sie sich aber die Gesammtthätigkeit eines solchen Instituts von der einen Hälfte des Zollvereins auf die zweite ausgedehnt, so entsteht ein ganz neues Verhältniß. Die andere Hälfte nimmt Antheil an dem vollen, reichströmenden Segen der Bankoperationen, nimmt aber gar keinen Antheil an den sehr bedeutenden Kosten, ich meine den Kosten, mit denen die preußische Hälfte das Monopol und ihr Privilegium bezahlt (sehr wahr!), und was noch wichtiger ist, die andere Hälfte nimmt allen Antheil an den Vortheilen, trägt aber nicht das Risiko der Gefahr, wenn das Bankinstitut an den Rand des Abgrundes tritt (sehr wahr!). Nun gestehe ich vollkommen zu, m. H., das ist sehr national, sehr patriotisch, und man kann das vergleichen mit den mannichfachen Opfern, die Preußen bringt für die Vertheidigung des Gesammtvaterlandes, mit den Opfern, die es brachte bei der Entstehung des Zollvereins. Aber hier, m. H., stehen wir auf dem unerbittlichen Gebiete der Finanzen, wo man Vortheil und Gefahr, Gewinn und Risiko niemals trennen kann, ohne zu falschen Resultaten zu gelangen (sehr richtig!). Wenn man das gewaltige Gebiet in's Auge faßt, m. H., auf das sich nach Annahme der Vorlage die Bankoperationen ausdehnen können, so wird man eine andere damit verbundene Gefahr nicht bestreiten können, nämlich die Gefahr einer unbegrenzten Notenemission, zu der, wie ich meine, durch die praktische Anwendung des Gesetzes die Regierung nicht nur veranlaßt, sondern geradezu genöthigt sein wird.

Für diese Eventualität bietet weder der Versuch der Fixirung des Maximums, wie er in der Commission gemacht worden ist, noch der der Lokalisirung einen Ersatz. Die letztere weist geradezu die Regierung auf Neuerungen hin, die finanziell die allergefährlichsten sind, und ich bin dem Hrn. Handelsminister dankbar dafür, daß er heute erklärt hat, diese Art der Amendirung nicht annehmen zu können. Worauf gründet sich nun die Gesammtgarantie für alle diese Gefahren? Einzig und allein auf das Vertrauen und den Geist der preußischen Bankverwaltung. Nun, m. H., will ich gern gestehen, wenn es sich bei dieser Frage nur darum handelte, der zeitigen Bankverwaltung ein Compliment zu machen, so könnte ich das mit gutem Gewissen. Allein der solide Charakter einer Bankverwaltung wird bedingt durch das Maß der Versuchung, die an sie herantritt, und liegt es nicht klar zu Tage, daß diese Versuchung bei der verlangten Ausdehnung der Finanzoperationen eine ungeheuer große sein wird und werden muß. (Sehr wahr! links.) Wenn es hierbei allein auf die gute Absicht und den aufrichtigen Willen der Bank ankäme, so bin ich überzeugt, die jetzige Bankverwaltung könnte sich auf ihre Versicherung, sie sei fest entschlossen, ihre bisherigen Grundsätze beizubehalten, vereidigen lassen, ebenso wie unsere jetzigen höheren Beamten sich auf die Verfassung vereidigen lassen können. (Heiterkeit.) Aber, m. H., wir haben hier nicht zu fragen nach der Aufrichtigkeit der uns hier gegebenen Versicherungen, sondern einzig und allein danach zu fragen, ob nicht in wenigen Jahren die Situation der Bank eine solche sein wird, daß die zwingendsten Rücksichten sie nöthigen müssen, anders wie bisher zu verfahren.

Wird nicht für sie die unabweisbare Nothwendigkeit eintreten bei der Concurrenz mit einer der ersten Banken Norddeutschlands gar bald auch, wenn es anfangs nicht beabsichtigt war, diejenige Stelle einzunehmen, die der preußischen Machtstellung allein würdig und entsprechend ist? Zu all diesen Versuchungen, m. H., kommt aber noch die politische hinzu. Ist es nicht schon gefährlich und bedenklich genug, ein so gewaltiges Geldinstitut immerfort in einem unlösbaren Zusammenhange mit allen Interessen der Staatsgewalt zu erhalten, um es nun noch hineinzumengen aus dem preußischen in das gesammte deutsche Interesse oder gar in die Streitfrage über die Elbherzogthümer? Die Gefahren des Ineinanderwachsens der Bankinstitute und der Staatsinteressen verdoppeln sich bei einer eintretenden Finanznoth, und ich bitte diejenigen, die glauben, die Concurrenz von Privatpersonen könnte die gewaltige Wucht eines Staates aufhalten in der Finanznoth, sich daran zu erinnern, daß ja die verfassungsmäßige Gewalt eines Abgeordnetenhauses nicht einmal ausreicht, einen regelmäßigen Gang der Finanzverwaltung zu erzwingen. (Sehr wahr.) M. H.! Wenn wir alle diese Gesichtspunkte mit nüchternem Blick betrachten, so schließt dies Gesetz so ernste Gefahren, so unberechenbare Eventualitäten in sich, daß wir nicht anders, als den Weg der gewissenhaftesten Vorsicht gehen können, und dieser Weg heißt „Ablehnen". (Bravo!)

Abg. v. Unruh (für den Commissionsantrag) knüpft an die Rede des Abg. Dr. Gneist an und führt aus, daß die Bank und das Bankprivilegium einerseits und der Staat andererseits dadurch in den engsten Zusammenhang gekommen seien, daß alle Staatskassen die Banknoten statt baren Geldes annehmen müssen. Sobald dieser Zusammenhang aufgehoben würde, würde die Frage eine ganz andere werden. Es sei sehr zu bezweifeln, ob der Zusammenhang stets haltbar sein würde, und daher seien aus dem günstigen Criterium der Bank-Vergangenheit keine Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Redner macht hierauf auf die Gefahren der zu großen Ausdehnung des Privilegiums aufmerksam, sowie auf die Gefahren, welche durch die Verbindung der Finanzverwaltung des Staats und der Bankverwaltung entstehen können; er beleuchtet ferner die Stellung der Seehandlung zur Bank und bemerkt, daß ein Ministerium, welches wie das gegenwärtige regiere, in keinem Falle eine Anleihe zu Stande bringen werde. Selbst im Falle der höchsten Finanznoth, eines großen auswärtigen Krieges, glaube er, würde ein solches Ministerium nicht abtreten, sondern vielleicht sogar eher eine Schlacht verloren gehen lassen, als zu den friedlichen Mitteln zur Lösung des inneren Conflicts greifen. Der Redner fährt dann fort: M. H.! Es ist wichtig, daß in dieser Frage an die in Deutschland eingeführte Silberwährung gedacht wird. Gegenwärtig ist man genöthigt, Papiergeld zu halten, weil das Silber schwer, unter Umständen gar nicht transportabel ist. In Kriegszeiten, wo man das Geld überhaupt nicht transportiren will, sondern festhält, ändert sich dies, da sucht jeder Silber zu erlangen; deswegen sinkt dann der Werth des Papiers, und steigt der des Silbers.

Zur Zeit eines Krieges werden alle Bankfilialen außer Preußen Silber-Fontanellen für den preußischen Staat werden. M. H.! Es muß die Frage aufgestellt werden: was soll mit dem Gesetz-Entwurf erreicht werden? Eine allgemeine deutsche Bank! Aber ein Institut, welches auf Mündelgeldern beruht, eignet sich dazu nicht! Wer glaubt, daß ein solches allgemeines deutsches Institut unter dem Ministerium Bismarck errichtet werden kann, hat stärkeren Glauben, als ich! Wie man eine deutsche Aufgabe mit einem privilegirten preußischen Institut lösen will, dafür fehlt mir das Verständniß! Man sagt, es wird durch die Bankfilialen ein allgemeines deutsches Werthzeichen geschaffen werden. Das ist zuzugeben, indessen auch nur für Papiergeld; aber eine deutsche Aufgabe löst man nicht in dem Staate, in welchem Regierung und Volk nicht Hand in Hand gehen, und wenn das übrige deutsche Volk nicht auch Vertrauen zu diesem Staate hat. (Sehr wahr.) Männer von höchstem Einsehen in Finanzsachen haben mir gegenüber geäußert, sie sähen Gefahr darin, wenn die Bank ihr Privilegium bis an die äußersten Grenzen ausnutzt; das könnte der Anfang zur Erschütterung der Staatsfinanzen sein. Der Abg. für Ziegenrück (v. d. Heydt), den ich als Finanzautorität anerkennen muß, hat in der Commission erklärt, er halte eine Vermehrung des Bankkapitals für unbedingt nothwendig, und er hat ferner gesagt, er, als Finanzminister, würde dies Gesetz nun und nimmermehr unterschrieben haben. (Hört, hört!)

M. H.! Wollte ich abstracten Prinzipien folgen, so müßte ich gegen das Gesetz überhaupt sein, aber ich halte abstracte Prinzipien überhaupt nicht für durchführbar, deswegen habe ich mich für den Commissions-Antrag einschreiben lassen. Ich gebe jedoch zum Schlusse zu bedenken, daß, wenn es sich um Ausdehnung der Bankberechtigung handelt, es gleichzeitig auf einen Fortschritt des monopolisirten Banksystems ankommt und daß auch wir die Aufgabe haben, die Finanzlage des preußischen Staates aufrecht zu erhalten.

Präsident Grabow monirt, daß der Redner sich für den Commissions-Antrag habe einschreiben lassen, jedoch nicht für diesen, sondern nur gegen die Regierungs-Vorlage gesprochen habe. Abg. v. Unruh entschuldigt sich damit, daß aus dem Zusammenhange seiner Rede wohl hervorgehe, daß er nicht für eine vollständige Zurückweisung der Angelegenheit sei, sondern dieselbe nach dem Commissions-Antrage mit dem Amendement des Abg. von der Heydt genehmigt zu sehen wünschte.

Reg.-Commissar Bank-Präsident Dechend: Die Regierung hat nicht entfernt die Absicht, an allen Orten gleichzeitig Filialen zu errichten; es wäre auch unmöglich, das dazu nöthige Heer von Beamten zu beschaffen. Aber die Bankverwaltung, wie die Regierung hält die Maßregel für unausführbar, wenn ihr nicht freie Hand gelassen wird, sich an den Orten, wo es von Nutzen, zu etabliren und umgekehrt sich zurückzuziehen, wenn ihr später Bedingungen auferlegt werden sollten, denen sie sich nicht unterwerfen kann. Ohne Zustimmung der Bankantheilseigner kann weder an der Bankordnung noch an der Vorlage etwas geändert werden; sie haben aber auch positiv erklärt, daß sie unbedingt und unwiderruflich lieber auf die ganze Vorlage verzichten, ehe sie die Einschränkung auf Hamburg und die Elbherzogthümer acceptiren. Eine Filiale in Hamburg fanden sie bei ihrer Berathung, an der fast alle ersten Häuser Berlins sich betheiligten, zwar nützlich, aber nur vortheilhaft für das Land, dagegen mit großen und jahrelangen Opfern verknüpft für die Bank. Bei dem Disconto in Hamburg, der im Jahre 1858 nicht 1¾ pCt. betrug, und jetzt 2—2¼ pCt. beträgt, kann an ein lohnendes Geschäft nicht gedacht werden. Die Zahl der Wechsel, die auf preuß. Thaler lauten, ist gering; ändern wird sich das erst, wenn der Uebergang von der hamburger Bank-Valuta in die Thaler-Valuta vollzogen wird, wozu Jahre gehören. (Hört!) Die Bankantheilseigner interessiren sich für die Vorlage sehr lebhaft, weil sie die Aufgabe in ihrer Größe auffassen. Aber für eine Lokalbank in Hamburg haben sie nicht das genügende Interesse, um dafür Opfer zu bringen.

Was die Mittel für die Filialen betrifft, so äußert sich die Vorlage in Betreff ihrer allerdings nicht, aber schon in der Commission habe ich ausgeführt, daß sich keine Bank in der ganzen Welt in einer so günstigen Lage befindet, wie die preußische. Die englische und französische Bank haben zwar ein größeres Stammkapital, das aber beinahe ganz den resp. Staatsregierungen fest und unwiderruflich geliehen ist. Die englische hat ihrer Regierung beinahe Alles für die Zeit ihres Privilegiums gegeben, die französische hat bei ihrer Erweiterung im Jahre 1857 um 100 Mill. Frs. diesen ganzen Betrag fest in Rente zu nehmen sich willig finden lassen. Beide Banken arbeiten fast ausschließlich mit fremdem Kapital, im Wesentlichen mit Giro-Kapital. Bei der englischen Bank beträgt dies fremde Kapital etwa 150 Mill. Thlr., bei der französischen Ende Februar zwischen 60—70 Mill. Frs. Die preußische Bank hat von ihrem Kapital der Regierung auch nicht einen Thaler gegeben, sie hat nicht einen einzigen Thaler festgelegt weder Privaten noch anderen Personen gegenüber, nicht anders als in Lombardgeschäften mit Privaten, die längstens nach 3 Monaten rückzahlbar sind; und alle Gelder, die uns abverlangt werden können an Giro-, Depositengeldern, von Privaten und vom Staat, belaufen sich auf 4—5 Mill. Thlr., nicht mehr.

Durch diese Gelder, die in England und Frankreich eine Hauptrolle spielen, kann die preußische Bank nicht in Verlegenheit kommen, und daher die Unabhängigkeit in unseren Operationen. Wir haben außerdem 14—15 Mill. in Papieren, die jeder Zeit mit Nutzen realisirt werden können und schon wären, wenn die Ausführung des Projectes durch den Gang der Verhandlungen in diesem Hause nicht zweifelhaft geworden wäre. Steht die Sache erst fest, so werden wir successive mit Leichtigkeit und ohne daß die Börse davon berührt wird, mit der Realisirung vorgehen. Der Regierung steht ferner das Recht zu, ohne Weiteres und jeder Zeit 5 Millionen Stammkapital ausschreiben zu können. Für die Ausdehnung des Geschäfts außerhalb Preußens wird sich das Kapital schon finden. Niemand, am wenigsten die Bankantheilseigner, wird Anstand nehmen, das Kapital um eine beliebige Summe zu erhöhen. Denn noch nie hat es in Preußen an Personen gefehlt, zumal jetzt, die für gute, rentable und zweckmäßige Unternehmungen nicht beliebige Summen herbeischaffen. Ich versichere, daß eine Summe von 10 Mill. in Preußen, in Berlin mit Leichtigkeit herbeizuschaffen ist. Das würde doch nicht geschehen, wenn das Unternehmen großen Schaden brächte. Wir sind wirklich im Besitz der Mittel für die Filialen und brauchen deshalb nicht ausschließlich oder hauptsächlich unsere Noten zu vermehren. Zu einer großartigen Ausdehnung reichen die 15 Mill. disponiblen Effecten, die weiteren 5 Mill. und was sonst aus unseren Baarbeständen zu beschaffen ist, nicht aus.

Aber Niemand wird dazu rathen, damit anzufangen, zuerst die Mittel herbeizuschaffen, also nach dem Wunsche des Abg. v. d. Heydt zuerst das Stamm-Capital zu erhöhen, wo möglich, bevor noch die Vorlage fertig war und ohne abzuwarten, ob eine Veranlassung dazu vorhanden ist. Es liegt ja nicht so, daß man, wenn man nach Hamburg geht, gleich Millionen auszugeben hätte. Erst will man doch wissen, was man braucht und dann wird man die Mittel herbeischaffen. — Einige Bedenken der Herren Vorredner knüpfen sich an das, was sein könnte. Die gegenwärtige Bankverwaltung flößt ihnen kein Mißtrauen ein, auch der Zustand des Staates nicht und alles das, was darum und daran hängt. Aber sie meinen, es kann doch anders kommen. Bei aller Dankbarkeit für die Anerkennung der gegenwärtigen Verwaltung der Bank glaube ich doch, daß man mit dieser Zweifelsucht überhaupt zu nichts Großem kommt. Weil Möglichkeiten überall da sind, auch in den geordnetesten und günstigsten Zuständen, darum darf doch Berechnung und Voraussicht nicht überhaupt aufhören. Wenn ich darauf, daß alles anders sein könnte, meine Maßnahmen stützen will, so bin ich außer Stande, weder etwas zu beschließen, noch etwas zu widerlegen.

Ich bin überzeugt, daß wir im J. 1871 und auch schon jetzt auf alle die besonderen Vorrechte verzichten können, ohne daß dadurch der Credit der Banken auch nur das Geringste verlieren würde. Wir halten es nur jetzt nicht an der Zeit, diese Frage weiter anzuregen. Was den Punkt der häufigen Gefahr betrifft, in welche die Bank bei Krisen geräth, so werden Sie aus einem kurzem Umriß der Geschichte der Bank, der in Kurzem bei der hundertjährigen Jubelfeier der Bank erscheinen wird, ersehen, daß dieselbe seit dem Jahre 1807 bis jetzt ohne irgend welche namhafte Verluste gearbeitet hat. Die Besorgniß vor der unbegrenzten Befugniß der Notenemission ist durchaus nicht begründet. Wir können die Anlagen, die wir mehr machen, sehr gut in anderer Weise decken. Wir haben jetzt im Ganzen nur etwa 38 Millionen ungedeckte Noten und dafür schon 70—80 Millionen der allerbesten Forderungen, abgesehen von den 14 Millionen in Papieren, die wir aufbrauchen können. Die Concurrenz mit der hamburger Bank haben wir in keiner Weise zu scheuen. Es sind schon seit 6 Wochen zwei Beamte von uns in Hamburg, die uns die besten Geschäfte daselbst in Aussicht gestellt haben. Daß die Bank bei diesen Geschäften mit derselben Vorsicht verfahren wird, wie hier in Berlin, versteht sich von selbst, auch haben wir durchaus nicht die Absicht, uns in kolossale Geschäfte zu verwickeln, und ich sehe daher nicht, worin die Gefahren beständen, die wir an diesem Platze zu erwarten hätten. Ebenso unbegründet ist die Gefahr eines Silberabflusses nach Hamburg. Schon jetzt läßt sich Hamburg, wenn es Silber braucht, dasselbe von hier kommen, und ob wir später das Silber dort oder hier haben werden, ist gewiß gleichgiltig.

Die zusammengesetzte Natur der Bank, auf die hingewiesen worden ist, halte ich gerade für besonders segensreich, und die ersten Capacitäten haben sich in dieser Beziehung eben so ausgesprochen. So besitzt die Bank ein Schreiben von dem Chef des Hauses Rothschild, der sofort nach der Gründung der Bank dem damaligen Minister Rother erklärte, daß es etwas Besseres, wie diese Organisation, nicht geben könne, weil namentlich der Staat durchaus gehindert sei, in irgend einen Mißbrauch mit der Bank zu treten, wenigstens nicht auf anderem Wege, als wie der Mißbrauch überhaupt nicht zu hindern ist, mit Gewalt (hört! hört!). Daher glaube ich, daß die Bank mit dem allergrößten Nutzen verfährt, wenn sie sich nicht durch kleinliche Privatinteressen beherrschen läßt, sondern nach großartigen Gesichtspunkten handelt. Als im Jahre 1857 die englischen und französischen Banken 9 pCt. nahmen, haben wir das nicht gethan, weil wir es nicht nöthig hatten, und weil wir glaubten, daß es unrecht wäre, wenn wir im Interesse der Bankactionäre dem Lande ungerecht 2 pCt. auferlegten. (Bravo rechts.) Ich glaube, dergleichen Maßregeln zeigen, daß wir nicht anders, als nach dem allgemeinen Interesse handeln, und unsere Bankantheilsinhaber sind so erleuchtete Männer, daß sie noch niemals eine zweckmäßige Maßregel deshalb bestritten haben, weil bei einem anderen Verfahren ihr eigener Vortheil ein größerer sein würde. Jedes Mitglied des Bankausschusses würde sich schämen, dergleichen Rücksichten auch nur zur Sprache zu bringen. — Wenn ferner gesagt worden ist, bei einer wirklichen Krisis, namentlich einer politischen, hülfen alle unsere Mittel nichts, so ist dabei der Umstand vergessen, daß unser Portefeuille zum großen Theil, ich kann sagen, mindestens zu einem Viertel, aus guten Wechseln besteht, Wechseln, die in den ersten acht Tagen fällig sind. Wir haben in solchen Wechseln wenigstens so viel, daß uns der ganze Betrag unserer mit baarem Gelde gedeckten Noten bleibt, und wir können daher auch beim Entstehen einer Krisis ohne Besorgniß sein. (Beifall.)

Abg. v. Hennig: Ich bedaure, daß der Redner, welcher zuerst das Wort haben sollte, der Abg. Prince-Smith durch plötzliches Unwohlsein verhindert ist, das Wort zu nehmen, und ich also früher, als ich wollte, einzutreten genöthigt bin. Man hat hier einen Nachdruck auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis bei Beurtheilung des vorliegenden Gesetzes ge-

legt. Die Theorie schöpft aus dem Resultat gesammelter Erfahrungen, die Praxis stützt sich auf die einzelne Erfahrung. M. H! Diese Resultate gesammelter Erfahrungen veranlassen uns, dem uns vorgelegten Project zu widersprechen. Als die Vorlage in das Haus kam, gab sich ein wesentlicher Widerstand dagegen nicht zu erkennen, weil man im Ganzen wenig an ihre volle Tragweite dachte, sondern mehr an den Nimbus einer allgemeinen deutschen Centralbank, an politische Agitation, ja vielleicht selbst an die Mittel zur Annexion. Momente practischer Natur haben indessen die Ueberzeugung hervorgerufen daß man sich von allgemeinen Phantasien nicht täuschen lassen und die Gefährlichkeit des Unternehmens nicht übersehen dürfe. Der Correferent (Abg. v. d. Heydt), der bei der ersten Verhandlung so übereinstimmend mit dem Referenten (Abg. Reichenheim) die Annahme der Vorlage empfahl, gewann Zeit, sich die Sache besser zu überlegen und sich zu sagen, daß er als jahrelanger Chef der Preußischen Bank und ehemaliger Finanzminister, unmöglich seine Zustimmung zu der Vorlage geben könne. Er wurde die Veranlassung für die Commission, die Regierungs-Vorlage zu beschränken. Mein Freund, der Abg. v. Unruh, hat bereits auf die Argumente zurückgegriffen, welche der Abg. v. d. Heydt in der Commission gegen die Vorlage geltend gemacht hat, wie weit der Herr Regierungs-Commissar namentlich bei der Abwesenheit jenes Abgeordneten berechtigt war, gegen dessen Argumente vorzugehen, muß ich natürlich seiner Discretion überlassen.

Welche Bewandtniß hat es nun eigentlich mit einer sogenannten Centralbank für Deutschland? Ist etwa ein Bedürfniß dafür vorhanden? Ich glaube: Nein! Eine Centralbank ist überhaupt immer bedenklich, mag sie auf eigene Gefahr der Personen, welche sie unternehmen, oder auf Risico des Staates gegründet sein. Nun soll aber nicht aus den Verhätnissen heraus, sondern auf künstlichem Wege, aus den Mitteln des preußischen Staates heraus eine Centralbank gegründet werden und darin sehe ich eine Gefahr für Preußen. Wie denken Sie sich die Bedeutung einer solchen Bank nach den Circulationsmitteln? Was ist denn eine Note? Eine Note ist eine Anweisung auf irgend einen vorhandenen Silber- oder Goldschatz. Man kann nun diese Circulationsmittel nicht beliebig vermehren, ohne in Verlegenheit hinsichtlich der Deckung aus dem Baarschatz zu gerathen. Die Erfahrung lehrt, daß es sehr schwer ist, zu bemessen, wie weit das Bedürfniß reicht. Die Täuschungen nach dieser Richtung hin sind oft sehr groß. Dann aber ist zu bedenken, daß häufig Geldcrisen eintreten, wenn das Creditbedürfniß zu leicht befriedigt wird. Daher regeln eben die Krisen das Ueberschreiten des Bedürfnisses und führen die Creditgeber und Nehmer auf das natürliche Verhältniß zurück. Am meisten gefährdet sind die Creditgeber, die Banken; sie sind gezwungen, ihren Credit einzuschränken, den Discont zu erhöhen und nur einer geringen Anzahl von Begehrenden Credit zu geben. Wenn nun eine Centralbank vorhanden ist, so wird diese größere Verluste erleiden, als kleinere Privatbanken. Ich war daher immer überzeugt, daß für Preußen die Staatsbank kein Glück ist. Nun sagt man freilich, bis 1871 ist das Fortbestehen der Centralbank unter allen Umständen gesichert, aber ist denn darum die Ausdehnung der preuß. Bank nothwendig?

Diese Ausdehnung erschwert die Aufhebung des Bankmonopols, deshalb bin ich hauptsächlich dagegen. Der Herr Regierungs-Commissar hat uns sehr richtig gesagt, daß für die Anlegung von Bank-Filialen ein neues Heer von Beamten nöthig sei; das ist ein schweres Bedenken gegen die Vorlage. Wir wissen, welche Masse von Instituten nur aufrecht erhalten werden der Beamten wegen; ich erinnere an die Salinen, die keinen Vortheil bringen und nur der Beamten wegen nicht veräußert werden; ich erinnere an die Schwierigkeiten bei der anderweiten Besteuerung des Zuckers. Das sind Rücksichten, welche nur die Regierungen, aber niemals die Privatinstitute zu nehmen haben. Der Reg.-Commissar sagt ferner, es werde keine weitere Noten-Emission nöthig werden; ich bezweifle indessen sehr, daß die vorhandenen 12 Millionen genügen werden, die Sache ins Leben zu rufen. Woher kommt es denn, daß so viel baares Geld in unsrer Bank ist? Hauptsächlich wegen der Beliebtheit unsrer Banknoten in Süddeutschland. Errichtet man dort Filiale, dann kaufen die dortigen Kaufleute unsre Noten nicht mit Silber, sondern mit Wechseln. — Wenn eine Geldkrisis eintritt, so concentrirt die Bank ihre ganze Kraft auf Berlin und muß den Credit in den Provinzen einschränken und dies wird noch weit mehr der Fall sein, wenn eine deutsche Centralbank besteht. Denn die Regierung wird dann mit Recht sagen, die Ehre erfordere, daß wir außerhalb Preußens unsern Credit aufrecht erhalten. Das Vertrauen des Auslandes beruht auf dem Vertrauen in die finanziellen Kräfte des Staats.

Wenn wir aber den Credit im Auslande wahren wollen, so müssen wir ihn im Inlande beschränken. Der Herr Handelsminister und der Herr Bank-Präsident, sein Commissar sagen uns freilich: „Entweder Ihr bewilligt uns Alles, oder Ihr bewilligt uns nichts", und dabei muß ich unwillkürlich daran denken, daß man uns sonst auch gesagt hat: Entweder Ihr bewilligt uns die ganze Reorganisation, oder gar nichts. Der Herr Bank-Präsident fügte dann hinzu, daß die Bank auch ohne ihre jetzigen Privilegien fortbestehen würde, nun kommt aber die Bank mit einer Forderung, und ich glaube gern, daß die Bankantheils-Eigner davon begeistert sind, denn sie machen jedenfalls dabei ein gutes Geschäft; — sollen wir nun aber nicht berechtigt sein, zu fordern, daß sie ihr Privilegium aufgeben? Wenn Sie auf die Staatsgarantie verzichten wollen, dann will ich gern für die Vorlage stimmen. Für mich ist in dieser Beziehung auch unsre Verfassung entscheidend. Art 103 derselben lautet: „Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates." Einer solchen Staatsgarantie stehen wir hier gegenüber; deshalb habe ich schon 1856 dem Vorschlage der Regierung widersprochen, weil ich überzeugt bin, daß wir eine derartige ungemessene Garantie nicht übernehmen können. Verlangen nun die Bankantheils-Eigner einen neuen Vortheil, so können wir ihn nur bewilligen, wenn er auf vernünftige Grenzen zurückgeführt ist, d. h. wenn die ungemessene Garantie nach den Vorschlägen unsres Amendements in eine gemessene verwandelt wird.

Der Regierungs-Commissar hat die Zweifel gegen die hamburger Bankfiliale bemängelt, der hamburger Silberhandel erhält aber allerdings bedeutende Vortheile durch die Filiale und zwar auf unsere Kosten. Daß Antheils-Eigner, Handelsstand und Banquiers die Vorlage, so zu sagen, mit Hurrah begrüßen, ist begreiflich, denn sie machen Alle ein sehr gutes Geschäft dabei, aber ich meine, daß der Staat bei diesem guten Geschäft in keinem richtigen Verhältniß sich befindet. Der Herr Regierungs-Commissar hat in der Commission auch die Depositen als Deckungsmittel hinzugerechnet, doch kann ich meinerseits ihm nicht beipflichten. Nach dem letzten Bankbericht haben sich die Depositen schon vermindert und es scheint mir schlimm genug, daß sie keine Vermehrung erfahren haben. Die Verminderung aber wird zunehmen, wenn den Gerichten in Bezug auf die Verwendung der Depositen für Hypotheken größere Erfahrung zur Seite stehen wird. Dies Deckungsmittel also wird eine immer geringerere Berücksichtigung verdienen. — Dies, m. H., sind die allgemeinen Gründe, welche mich gegen die Vorlage einnehmen. Von dem Amendement wird bei der Special-Discussion mehr die Rede sein. Auf die politischen Befürchtungen gehe ich absichtlich nicht ein; ich theile sie nicht und glaube nicht, daß man die Bank dazu benutzen wird, nur um ein Geschäft für den Staat zu machen und dem Staat Anleihen zu besorgen. Ich halte dies für ein so gefährliches Unternehmen, daß ich es selbst dem gegenwärtigen Ministerium nicht zutraue und daß wir ein schlimmeres bekommen sollten, — kann ich mir doch nicht gut denken. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie also, gegen die Vorlage zu stimmen.

Abg. Reichenheim: Man hat alle möglichen politischen Gründe gegen die Vorlage hervorgesucht, hat auf die Verlegenheiten hingewiesen, die aus ihr entstehen könnten; man hat aber vergessen, daß sie entstehen können, Sie mögen die Vorlage annehmen oder nicht. (Sehr richtig!) Wie Jemand bei dieser Vorlage große politische Bedenken haben kann, begreife ich nicht. Die Berufung auf den Abg. v. d. Heydt trifft nicht zu; ich erinnere Sie daran, daß derselbe bei der ersten Berathung als Correferent sich meiner Ansicht überall angeschlossen hat. (Zustimmung.) Man will nun zunächst die Ausdehnung der Bank auf Hamburg und die Elbherzogthümer beschränken. Träfen aber die vorgebrachten Bedenken wirklich zu, so sollte man zu allererst für Hamburg stimmen. Verhindert man die Staatsregierung in andern deutschen Städten Filialen zu errichten, so wird man mit der Maßregel überhaupt nichts erreichen. Wenn von dem Silberabfluß die Rede gewesen ist, so halte ich es für dringend geboten, daß die Verwaltung nicht blos Correspondenten an den Plätzen hat, sondern auch Agenten, um den Geldmarkt zu beobachten und zu übersehen, damit sie in dem Moment, wo eine zu starke Entziehung des Metalls zu fürchten wäre, die geeigneten Vorkehrungen treffen kann.

Man hat es für nothwendig erachtet, Vorkehrungen zu treffen, um die Notenausgabe der preußischen Bank zu fixiren. Diese Theorien haben allerdings ihre Berechtigung; sie müssen in Betracht gezogen werden, gleich wie die Theorien, die in der preußischen Bankordnung liegen. Allein man muß aus der Erfahrung schöpfen. Zunächst frage ich, welche Gründe Sie veranlassen, gerade die Summe von 60 Millionen festzustellen? Ich habe dafür keinen Grund finden können. Wie ist man im Stande, den gesammten Verkehr in dieser Weise auffassen zu können, da derselbe so sehr entschieden ist? Die Fixirung der Notenausgabe hat sich gerade in Krisen, für welche sie berechnet ist, nicht bewährt. Auch die Bank von England hatte ihre Notenausgabe fixirt, und daher kam es, daß die Peel'sche Bankakte zweimal aufgehoben werden mußte in den Krisen von 1847 und 1857. Ich kann deshalb weder dem Antrage Michaelis, noch den Commissions-Vorschlägen meine Zustimmung geben, sondern nur der Vorlage der Regierung. In dieser Vorlage finde ich das Interesse des Landes nach allen Seiten hin gewahrt.

Vicepräsident v. Unruh bemerkt, daß der Redner sich für den Commissionsantrag habe einschreiben lassen, doch dagegen gesprochen habe.

Abg. Harkort I. (sehr schwer verständlich) weist auf die in Amerika gemachten Erfahrungen hin. Auch dort sei ein Contingent festgestellt, das habe sich bewährt, und deshalb sei er dafür. Er sei kein Gegner der Bank, aber er verstehe unter einer solchen eine Anstalt, welche die Geldgeschäfte regulire, nicht aber monopolisire. Es sei auf das Beamtenheer hingewiesen, und dies sei mit Recht geschehen; so wie die Dinge liegen, könne die Vorlage von der Regierung auch dazu benutzt werden, auf die liberale Gesinnung einzuwirken Er verlange der königlichen Bank gegenüber ein Correctiv durch die Privat-Banken. Einen dahin gehenden Antrag habe er vor längerer Zeit gestellt. Die Sparbanken genügten dem Bedürfnisse nicht, sie seien durch ihre Statuten zu sehr beschränkt und könnten die Gelder nicht genügend verwerthen. In den Sparbanken seien 28 Millionen, ein Kapital, größer als das der königl. preußischen Bank. Die englische Bank regulire den Geldverkehr des ganzen Landes, allein neben ihr stehe eine große Zahl Privatbanken; solche Institute hätte man auch bei uns einführen sollen. Er könne der Vorlage seine Zustimmung nicht geben, weil das Privilegium der Bank dadurch erweitert werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg Waldeck: Ich bin für die Maßregel; ich hatte erwartet, daß in der Discussion erhebliche politische und finanzielle Einwendungen gegen dieselbe vorgebracht werden würden. Das ist nicht geschehen; ich muß also mit Schatten kämpfen. Die Bedenken gegen die Möglichkeit des Mißbrauches, den die Bank von der Befugniß, Filiale in Deutschland errichten zu dürfen, machen könnte, möchte ich gewissermaßen vormundschaftliche nennen. Der Abg. für Mannsfeld (Dr. Gneist) hat von großen Versuchungen gesprochen, die an die Regierung herantreten könnten. Es ist mir wirklich nicht möglich geworden, mir diese Versuchungen recht klar zu machen. Wo soll aus einer Filiale in Leipzig so große Gefahr herkommen? Der Hr. Regierungs-Commissar hat die Operationen der Bank klar dargelegt und dabei beruhige ich mich. Man hat gesagt, das Publikum laufe Gefahr. Was ist das Publikum? Die Kaufleute? Ueberall hören wir, daß diese dafür sind. Man wird sagen, es ist sehr natürlich, daß diese dafür sind. Das ist ja eben die Sache. Nicht vom Interesse der Kaufleute ist die Rede, sondern vom Interesse des Publikums, welches durch die Kaufleute vertreten wird. Es handelt sich darum, daß ein Institut, welches existirt und welches wir nicht fortschaffen können und auch noch nicht fortschaffen wollen, die Freiheit erhält, die jeder Kaufmann hat.

Wenn nun eine Vermehrung der Fonds nicht in Aussicht steht, was für Gefahren befürchtet man sonst noch? Man hat auf die Verbindung mit dem Staat hingewiesen, auf die Möglichkeit, daß durch die Bank für den Staat finanzielle Operationen gemacht werden könnten. Auch dies sind Einwendungen, die ich für nicht stichhaltig erachte. Schon nach der Regeneration der Bank durch den Präsidenten Friese sprach sich das größte Vertrauen für dieselbe aus. Wir hören von Kaufleuten, daß das Institut jetzt das größte Vertrauen genießt. Wenn dasselbe also die Ausdehnung seiner Geschäfte für nützlich hält, soll man dies nicht gewähren? Der Credit richtet sich nach den Personen und nach den Grundsätzen, nach denen ein so großes Institut verwaltet wird. Daß diese Grundsätze gesund sind, hat Niemand bestritten. Praktische Bedenken, die in der Sache selbst liegen, sind nicht vorgebracht, es sind nur Möglichkeiten hingestellt. Alles, was hier angeführt ist, bedeutet nichts, gegenüber dem großen Zutrauen, welches das Publikum zur Bank hat. Die Bank wird ein Staatsinstitut genannt, sie ist aber eben so gut ein Privatinstitut, weil in wesentlichen Dingen der Central-Ausschuß der Bankantheils-Eigner hinzugezogen werden muß und entscheidet. Die Bank ist unabhängig, wie es überhaupt ein solches Institut sein kann, und es ist unzulässig, zu sagen, sie sei Staatsorgan. Ein Bankmonopol existirt durchaus nicht; der Bank-Präsident hat schon gesagt, daß sie auf ihre Privilegien gar keinen Werth lege.

Der einzige Grund gegen die Vorlage würde unsere abnorme politische Lage sein. Wenn in dieser Maßregel eine außerordentliche Bewilligung für die Regierung läge, würde ich dagegen stimmen, davon sehe ich aber nichts. Was von dem möglichen Mißbrauche gesagt ist, der mit dem Beamtenheer getrieben werden könnte, darüber könnte man allerdings sprechen. Das können wir aber mit dem Gesetze nicht ändern, der Mißbrauch besteht. Er wird aber doch nur bei den Filialen in Preußen geübt werden können. Für Deutschland wird man brauchbare und gute Beamte suchen müssen und man wird sehen, daß man sie unter den sog. Gesinnungstüchtigen nicht findet. (Heiterkeit.)

Wer daher für den liberalen Theil des Beamtenthums sorgen will, gebe der Reg.-Vorlage seine Zustimmung. (Heiterkeit.) Mein Standpunkt ist gegen das gesammte jetzige System, nicht aber gegen wirklich gute Institutionen des Staates, nicht gegen die Zukunft des Staates gerichtet. Da es sich von einem objectiven Gesetze handelt und um wesentliche Bestimmungen für die Wohlfahrt der preußischen Staatsbürger und für den ganzen Verkehr, so trage ich kein Bedenken, für die ursprüngliche Regierungsvorlage zu stimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Schluß der allg. Debatte wird abgelehnt, aber Vertagung beschlossen, Schluß 3 Uhr; nächste Sitzung Sonnabend Vorm. 10 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

12. Sitzung des Herrenhauses, am 31. März.

Eröffnung der Sitzung: $11\frac{1}{2}$ Uhr. Das Haus ist sehr spärlich, kaum von 50 Mitgliedern besucht. Am Ministertisch: Graf zur Lippe mit einem Reg.-Commiss., Dr. v. Schilling, Herr v. Bodelschwingh, Herr von Selchow mit ihren Commissarien.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der XIV. Commission über den Gesetz-Entwurf, die Fischerei-Ordnung für den Regierungs-Bezirk Stralsund betr. — Graf Krassow und der Fürst zu Putbus haben zu demselben einige Amendements gestellt. Nachdem Dr. v. Zander als Referent die von der Commission vorgeschlagenen Aenderungen empfohlen hat, erklärt der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten, v. Selchow, sich mit den Aenderungen der Commission einverstanden. Auch über die vom Grafen Krassow und dem Fürsten Putbus gestellten Amendements habe er sachverständige Gutachten eingeholt und in Erfahrung gebracht, daß denselben wesentliche Bedenken nicht entgegenständen. Er stelle demnach anheim, dem Vorschlage der Commission gemäß das Gesetz nebst den Amendements en bloc anznnehmen. Nachdem zunächst die Amendements angenommen worden sind, wird der Gesetzentwurf en bloc einstimmig genehmigt.

Es folgt der Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf, betr. den Ansatz der Gerichtskosten bei Nachlaßregulirungen. Die Commission empfiehlt, dem Gesetzentwurf, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, unverändert die Zustimmung zu ertheilen. — Das Haus tritt diesem Antrage bei, nachdem der Referent Dr. v. Zander über einzelne Paragraphen einige Bemerkungen gemacht hat, die aber bei der schwachen Stimme des Redners im Zusammenhange nicht zu vestehen sind.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung, der Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten, über den Gesetzentwurf, über die Anlage von Eisenbahnen in den hohenzoller'schen Landen wird gänzlich ohne Debatte erledigt. Das Haus nimmt auch diesen Gesetz-Entwurf unverändert an, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist.

Es folgt der Bericht der Petitions-Commission über die bei dem Herrenhause eingegangenen Petitionen. Der Regierung werden zur Kenntnißnahme resp. Berücksichtigung mehrere Petitionen wegen Ueberbürdung bei Veranlagung und Einschätzung der Gebäudesteuer, eine Petition in Betreff der Zusammenlegung von Grundstücken und eine Petition in Betreff der pommerschen Lehne überwiesen. Ueber die übrigen Petitionen geht das Haus zur Tagesordnung über. Darunter befindet sich auch die Petition der berliner Stadtverordneten-Versammlung: „eine Abänderung des § 35 der Städte-Ordnung dahin herbeizuführen, daß die Wahlen der Stadräthe der Sanction der Regierung nicht mehr bedürfen sollen." Die Kommission faßt ihre Erwägungen schließlich also zusammen: „dem Anspruche der Stadtgemeinden auf Selbstverwaltung könnte durch die freieste Ausübung des Bestätigungsrechtes, also auch des Versagens der Bestätigung, nur zu nahe getreten werden, wenn sich annehmen ließe, daß keine Magistratsmitglieder zu finden seien, welche zugleich den Ansprüchen der Gemeinde und den unerläßlichen Erwartungen der Staatsregierung zu genügen vermöchten. Wäre dieser, am wenigsten für die Haupt- und Residenzstadt annehmbare Fall denkbar, so würde eine Umgestaltung der Städte-Verfassungen nicht das Staatswohl den Gemeindezwecken, sondern diese den allgemeineren Bedürfnissen unterzuordnen haben, es würden die Befugnisse der Stadt-Magistrate auf reine Gemeindeangelegenheiten zu beschränken und Uebergriffe mit Strenge zurückzuweisen sein." Der Berichterstatter Dr. v. Daniels erklärt, daß die Commissions-Ausführungen völlig genug sagten, er brauche nichts hinzuzufügen. — Der Präsident Graf zu Stolberg fragt, ob Jemand das Wort verlange? Es meldet sich Niemand zum Wort. Ueber die Petition der berliner Stadtverordneten wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der fünfte Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht der Justiz-Kommission über Petitionen. Eine Petition des Kammerherrn von Behr, den Antrag des Hrn. v. Meding auf Reform der Hypothekenordnung vom 20. Dez. 1783 wieder aufzunehmen und den König um Einsetzung einer Immediat-Kommission zu bitten, wird der Regierung, die im übrigen, wie der Just.-Minister, Gr. znr Lippe, erklärt, unausgesetzt mit dieser sehr schwierigen Frage beschäftigt ist, zur Erwägung überwiesen. Ueber eine Petition des Kreis-Ger.-Sekr. Praschwitz zu Krossen, bei Diebstählen an Holz u. s. w. das Mandatsverfahren eintreten zu lassen, und über eine zweite Petition desselben, wegen Aufhebung der Schuldhaft, wird zur Tagesordnung übergegangen. — Eine Petition des Magistrats zu Krojanke, wegen Einsetzung eines Einzelrichters, wird der Regierung mit der Erwägung überwiesen, ob in Krojanke nicht von Flatow aus regelmäßige Gerichtstage abgehalten werden könnten. Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der Matrikel-Kommission über die Legitimation der neu eingetretenen Mitglieder, Oberbürgermeister Hobrecht, Ober-Tribunals-Vice-Präsident v. Schlieckmann, Geh. Ober-Reg.-Rath Elwanger, Graf v. Landsberg-Velen u. Gemen und Stadtrath Arand. — Das Herrenhaus zählt gegenwärtig überhaupt 274 Mitglieder. — Schluß der Sitzung $1\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 31. März. [Se. Majestät der König] empfingen im Laufe des Vormittags den General der Kavallerie Grafen Waldersee, den General der Infanterie v. Werder, den Polizei-Präsidenten v. Bernuth und den General-Intendanten v. Hülsen.

[Se. königl. Hoh. der Kronprinz] empfing gestern mehrere militärische Meldungen und ertheilte dem großherzoglich hessischen Gesandten Grafen Goertz eine Abschieds-Audienz. Hierauf stattete Se. königl. Hoh. Ihrer königl. Hoheit der Großherzogin Marie von Mecklenburg-Strelitz einen Besuch ab und nahm Abends an der Gesellschaft im königl. Palais Theil.

Die königl. Academie der Wissenschaften hat in ihrer Sitzung vom 30. März 1865 Herrn Charles Marignac in Genf zum correspondirenden Mitgliede ihrer physikalisch-mathematischen Klasse ernannt. — Der Intendantur-Secr. Heinr. Theod. Hartmann, der Reg.-Secretariats-Assistent Wilh. Friedr. Krämer, der Reg.-Referendarius Jul. Carl Friesicke und der Reg.-Secretariats-Assistent Hellmuth Friedr. Wilh. Carl v. Wedelstädt sind zu Geheimen revidirenden Calculatoren bei der Ober-Rechnungskammer ernannt worden. (St.-A.)

[Die preußischen Depeschen] an die diesseitigen Gesandten bei den deutschen Höfen, welche von der Annahme des bekannten Antrages in Frankfurt abmahnen und im Voraus dagegen Verwahrung einlegen, sollen vorgestern abgegangen sein. In mittelstaatlichen Kreisen wird behauptet, Oesterreich habe die Zusicherung gegeben, daß es auch am 6. April mit der Majorität für die Annahme des Antrages stimmen werde.

[In Betreff des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Rußland] liegt es dem Vernehmen nach in der Ansicht der diesseitigen Staatsregierung, demnächst einen Commissarius nach Rußland abzuordnen mit der Aufgabe, sich durch einen längeren Aufenthalt in Rußland über alle einschlagenden Fragen nach allen Richtungen hin gründlich zu informiren.

[Die Differenzen zwischen den städtischen Behörden] erhalten immer neue Nahrung. Die Stadtverordneten hatten eine ihnen von einem hiesigen Kaufmann zugegangene Beschwerde gegen den Magistrat diesem überwiesen und dabei Auskunft über die Sachlage begehrt. Darauf hat nun der Magistrat die Stadtverordneten benachrichtigt, daß er die Beschwerde nach Lage der Akten erledigt habe und „für die Zukunft ganz ergebenst ersuche, ihm dergleichen Beschwerden lediglich zur Verfügung zugehen lassen zu wollen." In Beziehung darauf wurde in der letzten Stadtverordneten-Sitzung beschlossen, gegen den Schlußsatz des Magistrats-Schreibens Verwahrung einzulegen.

[Beschlagnahme.] Nr. 30 des von A. Hopf redigirten Journals „Helmerding" ist gestern Nachmittag von der Polizei confiscirt worden.

[Zollconferenz. — Der Vertrag mit Oesterreich.] Die „Zeidl. Corr." schreibt: Gestern haben hierselbst die Conferenzen der Bevollmächtigten der Zollvereins-Staaten begonnen. Es handelt sich um die definitive Aufstellung des Zollvereins-Tarifs, sowie um die Unterzeichnung des Gesammt-Vertrags durch die Zusammenschmelzung der Einzel-Verträge. Ueberdies läßt es sich erwarten, daß über den Vertrag zwischen Oesterreich und dem Zollverein Beschluß gefaßt werden wird. Der Entwurf des letzteren Vertrages ist, wie bekannt, den Vereins-Regierungen schon zugeschickt worden, und es fanden bisher die Verhandlungen über die Billigung desselben zwischen Preußen und den einzelnen Regierungen statt. Gleichwohl läßt sich annehmen, daß die Vertreter der Zollvereins-Regierungen bei der hiesigen Conferenz binnen Kurzem hinreichend instruirt sein werden, um auch über den Vertrag mit Oesterreich ihr Votum abzugeben. Die betreffenden Documente selber sind für die Annahme vollständig ausgearbeitet. Die Tarife für den Eingang der Waaren aus Oesterreich in den Zollverein, und umgekehrt, sind fertig, der Entwurf einer Cartell-Convention ist vereinbart, und ferner ist dem Vertrags-Entwurfe ein Schluß-Protokoll beigefügt, in welchem einzelne Punkte des Vertrages erläutert werden. Es ist zu wünschen, daß alle diejenigen Formalitäten, welche nun noch erforderlich sind, um den Vertrag perfect zu machen und seine Ausführung ins Leben treten zu lassen, bis zum 1. Juli erledigt würden. Denn da an diesem Tage der Vertrag zwischen Frankreich und dem Zoll-Vereine zur Wirksamkeit gelangt, so würden manche Erleichterungen entstehen, wenn gleichzeitig die Neuordnung des commerciellen Verhältnisses zu Oesterreich in Geltung käme. Ein Widerspruch einzelner Zollvereins-Regierungen läßt sich kaum voraussehen, Sachsen, als Repräsentant der mitteldeutschen, und Baiern, als Vertreter der süddeutschen Handels-Interessen, haben durch ihre Vertreter an den Negotiationen mit Herrn v. Hock Theil genommen, so daß aus Mittel- oder Süd-Deutschland schwerlich ein Widerspruch vorauszusehen ist.

Bonn, 29. März. [Universität] Der augsb. „Allg. Ztg." wird geschrieben: Die Sauppe'sche Berufungsgeschichte beschäftigt trotz der inzwischen eingetretenen Ferien fortwährend die akademischen Kreise. Professor O. Jahn hat geglaubt, seine in der Angelegenheit mit Berlin, Wien, Göttingen, so wie in Bonn selbst geführte Correspondenz als Manuscript drucken lassen zu sollen. Dagegen hat Prof. Fr. Ritschl nicht ermangelt, seinerseits „thatsächliche Berichtigungen" zu jener Correspondenz gleichfalls in Druck zu geben und in seinen Kreisen verbreiten zu lassen. Wegen Aeußerungen über die ob vorläufige Anfrage oder Berufung O. Jahns nach Wien ist ein Studirender und gleichfalls ein Docent der Universität in Untersuchung verwickelt.

Deutschland.

Frankfurt, 29. März. [In Betreff der Abstimmung über den baierisch-sächsisch-hessischen Antrag] können die „H. N." noch folgende Notizen mittheilen. Die freien Städte haben zwar mit Preußen für Verweisung des Antrags an den holsteinischen Ausschuß gestimmt, innerhalb der Curie war jedoch Frankfurt für eine Abstimmung in der nächsten ordentlichen Bundestagssitzung am 6. April. Hamburg soll noch ohne Instruction gewesen sein. Ueber den weiteren Verlauf der heikelen Angelegenheit bestehen in den diplomatischen Kreisen verschiedene Vermuthungen. Nur glaubt man nicht, daß Preußen nachgeben werde.

Hannover, 28. März. [Ein wunderliches Restript] ist

dieser Tage den hannoverschen **Vorschußvereinen** zugegangen. Im Auftrage des Ministeriums des Innern eröffnen damit königliche Landdrosteien den Vorständen von Vorschußvereinen auf ein von „angeblichen" Delegirten eingebrachtes Gesuch um Verleihung von Corporationsrechten, daß diesem wenigstens für jetzt nicht gewillfahrt werden könne, da über die gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Vorschußvereine Verhandlungen schwebten. Zugleich aber sei im höheren Auftrage darauf aufmerksam zu machen, daß die Veranstaltung von Vereinstagen in größeren Versammlungen kein geeignetes Mittel wäre, die Interessen der Vereine zu fördern, und daß auf den Anschluß der hannoverschen Vorschußvereine an einen Centralverein für ganz Deutschland abzweckende Schritte die königliche Regierung veranlassen würden, eine Auflösung der Vereine in Erwägung zu ziehen. Man ist geneigt, diese befremdende Drohung als eine Antwort der Regierung auf ein Telegramm anzusehen, welches die vor Kurzem in Celle über eine Petition um Corporationsrechte und um Anschluß an einen deutschen Centralverein berathenden delegirten hannoverschen Vorschußvereine am Ende eines mit ihren Berathungen in gar keinem inneren Zusammenhange stehenden Bankets an Schulze-Delitzsch, als Vater der Vorschußvereine überhaupt abgehen ließen. — Statt der mit Zustimmung der Minister von den Ständen vereinbarten Abänderungen zum **Wahlgesetze**, welche seit drei Viertel Jahren der königl. Bestätigung harren, soll die Vorlage eines neuen Wahlgesetzes in Aussicht stehen. — Man ist gespannt, ob den jüngst als Communalbeamten bestätigten Ständemitgliedern, welche dadurch den Charakter von Staatsdienern erhalten, die Genehmigung zur Fortführung ihrer Mandate ertheilt werden wird. Im gegentheiligen Falle würden **Miquel** und **Albrecht** ihre Bestätigung als Bürgermeister und Syndikus um den für die Sache der Fortschrittspartei hohen Preis ihres Ausscheidens aus der Ständeversammlung erkauft haben. (N. Z.)

Lübeck, 31. März. [Die Dampfschifffahrtsverbindung mit Kopenhagen] ist wieder eröffnet. Der erste Postdampfer von Korsör wird morgen Abend eintreffen und Sonntag bei Tagesanbruch von Travemünde abgehen.

Altona, 29. März. [Militär. — Arbeitseinstellung.] Heute kamen 7 Offiziere, 203 Mann mit 233 Pferden, und am Sonnabend kommen 5 Offiziere, 190 Mann und 180 Pferde zur Completirung der beiden in den Herzogthümern stehenden preußischen Dragoner-Regimenter hier an. Die heute Angekommenen wurden auf dem Schulterblatt und Umgegend einquartirt. Es handelt sich nicht um eine neuerdings beschlossene Verstärkung der preußischen Besetzung der Herzogthümer; die Angekommenen sind Rekruten, die in der Garnison vollständig ausexercirt wurden, während bekanntlich die Infanterie ihre junge Mannschaft gleich mitbrachte und hier ausbildete. — Auch in den Herzogthümern beginnen die Arbeits-Einstellungen ihren Anfang zu nehmen. Die „Alt. Nachr." melden aus Altona vom 27. d. M.: „Heute haben die Gesellen zweier hiesiger Gewerke, die Reepschläger und die Korbmacher, die Arbeit niedergelegt. Erstere verlangten eine Verkürzung ihrer im Sommer von Morgens 5 bis Abends 7 Uhr dauernden Arbeitszeit um eine Stunde beim Beginn derselben, wie solche kürzlich ihren hamburger Berufsgenossen bewilligt wurde. Eine, wenn auch nicht bedeutende, Lohnerhöhung wurde ihnen bereits vor drei Wochen von den Arbeitgebern (den Baasen) zugestanden; auf die neue Forderung weigerten sich dieselben einzugehen. In Folge der Arbeitseinstellung ist den auswärts gebürtigen nicht verheiratheten Gesellen von der Polizei aufgegeben worden, die Stadt morgen zu verlassen. Von den Korbmachergesellen wird ebenfalls eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitig Lohnerhöhung verlangt; auch bei ihnen war keine Einigung mit den Meistern zu erzielen."

Kiel, 28. März. [Beleidigung einer Schildwache.] Wie uns soeben von einem zuverlässigen Manne mitgetheilt wird, hat heute der in der dänischen Straße aufgestellte preußische Wachtposten auf einen vorübergehenden Civilisten geschossen, angeblich weil derselbe in Gegenwart des Postens ausgespuckt hat. Der letztere ist bald darauf abgelöst worden. Der Civilist, welcher nicht verwundet worden, hat sich nach dem Schusse schleunigst entfernt und scheint nicht ermittelt worden zu sein. (Kieler Ztg.)

Sonderburg, 28. März. [Berufung.] Der bisherige Rector der höheren Bürgerschule zu Lennep in der Rheinprovinz, Dr. Th. Hansen — ein geborener Holsteiner — ist zur Uebernahme des Rectorates der hier neu zu errichtenden Bürgerschule berufen.

Oesterreich.

Wien, 30. März. [Parlamentarisches.] Man hat allseitig den Widerspruch bemerkt, welcher zwischen den Erklärungen, die der Herr Staatsminister am Sonnabend in der parlamentarischen Hausconferenz abgegeben, und zwischen den Aeußerungen in der vorgestrigen, im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede des Herrn v. Schmerling besteht. Sonnabend soll Herr v. Schmerling für den Fall, daß höhere Abstriche am Budget, als das Ministerium zugestanden, beschlossen werden sollten, seinen Rücktritt angekündigt haben, während er am Dinstag im Abgeordnetenhause gesagt hat, daß er vor einer Majorität in der Budgetfrage zurückzutreten sich nicht bestimmt fühlen wird. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Wir erhalten hierüber zwei Andeutungen. Von der einen Seite wird uns gesagt, daß Herr v. Schmerling in der Hausconferenz von einem Votum des Reichsraths, also beider Häuser gesprochen habe, während er am Dinstag nur von einem Votum des Abgeordnetenhauses sprach, daß er also wohl einem antiministeriellen Beschluß beider Häuser, aber nicht eines Hauses weichen würde. Dies ist die eine Version. Eine andere nimmt an, zwischen Sonnabend und Dinstag liege eine Audienz, in welcher Herr v. Schmerling Gelegenheit gehabt haben soll, aufs neue zu erfahren, daß er sich noch des Vertrauens Sr. Majestät zu erfreuen hat. Wir verzeichnen beide Nachrichten als einen Beitrag zum Verständniß der Lage. (N. fr. Pr.)

Italien.

Turin, 27. März. [Die Aufregung,] welche sich eines gewissen Theiles des Publikums in Folge der von Mazzini gemachten angeblichen Enthüllungen bemächtigt hat, dauert fort. Die Regierung findet keinen unbedingten Glauben, obgleich jeder, der die Augen der Wahrheit nicht verschließen mag, das Absurde der Mazzini'schen Aufstellung erkennen muß. An und für sich hätte das nicht viel zu bedeuten, da die Gemüther sich mit der Zeit beschwichtigen werden, aber in einem Augenblicke, wo ein so wichtiger Schritt, wie die Uebersiedelung der Regierung vorgenommen wird, ist es nicht gleichgiltig, daß die extremen Parteien sich die Hand reichen. Es könnte denn doch geschehen, daß Versuche gemacht würden, um die Aufregung zu praktischen Zwecken zu benutzen. Bisher hat Garibaldi sich standhaft gewehrt und seine Mitwirkung verweigert, aber es giebt Leute, die versichern, auch der nationale Held könne sich umstimmen lassen, obgleich er an die Existenz eines geheimen Vertrages keinen Moment geglaubt hat. Die Anwesenheit des Königs in Piemont ist nicht ohne Bedeutung und sie soll mithelfen zur Beruhigung der Gemüther. (K. Z.)

Großbritannien.

E. C. **London**, 27. März. [Die Schweigsamkeit des Parlaments.] An die letzte Motion Hennessy's über Polen anknüpfend, spricht sich die „Saturday Riview" gegen eine zu weit getriebene Nichtinterventionspolitik oder Schweigsamkeit des Parlaments aus.

Was die Polen betrifft, so könne man zwar sagen, daß, wenn die Beredtsamkeit des Parlaments Silber für sie war, das Schweigen des englischen Parlaments für sie Gold gewesen sein würde. Anderseits — fährt sie fort — kann das Verdammungsurtheil, welches das englische Parlament über das Verfahren Rußlands gefällt hat, kaum ohne Wirkung auf die Welt geblieben sein, und wenn die Entrüstung der Menschheit überhaupt eine Stimme finden soll, so muß das Haus der Gemeinen eines ihrer Organe sein. Es wäre nicht am rechten Ort, wenn die Kammern von Holland, Schweden oder Griechenland eine feierliche Meinung über große europäische Angelegenheiten aussprechen wollten. Aber das englische Parlament spricht mit Autorität, und selbst wenn sein Enthusiasmus für die Gerechtigkeit unklug ist, wird durch die Kundmachung seiner Ansichten die Idee genährt, daß die Gerechtigkeit des Enthusiasmus würdig ist. Es ist in der That ganz unmöglich, eine allgemeine Regel darüber aufzustellen, wenn das Schweigen des Parlaments wünschenswerth ist und wenn nicht. Die Debatten über Italien, mit welchem wir practisch nichts zu thun hatten, haben trefflich gewirkt, haben die Italiener mit Muth erfüllt, die Verleumder der italienischen Regierung zum Schweigen gebracht und dem englischen Cabinet erlaubt, die Italiener als begünstigte Freunde zu behandeln. . . . Die gelegentliche Erörterung türkischer Angelegenheiten ist noch ersprießlicher. Die Türkei ist das einzige Land, wo die Diplomatie noch einen Spielraum für ihre Kämpfe findet, wo unser auswärtiges Amt ohne Hinderniß oder Oeffentlichkeit eine thätige Rolle spielt, und auf welches unsere Staatsmänner die Ueberlieferungen der alten Schule anwenden. Ohne eine gelegentliche Debatte im Parlament könnte England leicht in alle möglichen unnützen Verwickelungen gezogen werden. Lord Palmerston und Mr. Layard und alle Freunde der Türken um jeden Preis verbitten sich daher stets die türkischen Debatten und verbreiten sich über die Schönheit parlamentarischen Schweigens. Zum Glück hat das Parlament nicht immer Lust im Dunkel gelassen zu werden. Die Tendenz, das parlamentarische Schweigen auszubilden, ist in diesem Augenblick vielleicht eher zu stark als zu schwach. Auch sind wir alle mehr zum Frieden geneigt, als in früheren Zeiten. . . . Wir haben auch die Erfahrung gemacht, daß selbst Minister ersten Ranges nicht mehr die Ereignisse beherrschen. Man kennt die Prophezeiungen Earl Russell's über die Folgen der Annectirung Savoyens für die französische Allianz und Lord Palmerston's über den Kampf zwischen Deutschen und Dänen. Die Minister sind daher, wenn sie von auswärtigen Angelegenheiten sprechen, immer mehr geneigt zu dunkeln Plattheiten ihre Zuflucht zu nehmen. Sie lieben es zu machen wie Lord Palmerston — den ganzen Abend zu schlafen, und dann zu erwachen, um in aller Form die Debatte zu schließen. Alles ist daher zu Gunsten eines steigenden parlamentarischen Schweigens über das Ausland, und zu fürchten ist, daß Mr. Hennessy nicht zu viele, sondern, daß er keine Nachahmer finden wird.

[Polizzioni.] Die Regierung hat einen Ausweg gefunden, um sich aus der Verlegenheit zu befreien, in welche sie durch das unerhört ungeschickte Verfahren in Sachen des Italieners Serafino Polizzioni gerathen ist. Wie bekannt, wurde dieser Mensch zum Tode verurtheilt wegen Ermordung eines gewissen Harrington in einer Schlägerei. Später wurde bewiesen, daß ein anderer Italiener, Gregorio **Mogni**, die That begangen habe, wofür er zu fünf Jahren Strafarbeit verurtheilt wurde. Polizzioni verblieb aber noch immer unter dem über ihn gefällten Urtheile im Gefängnisse. Jetzt soll er einen vollen Pardon erhalten, aber sogleich wieder vor ein Gericht gestellt werden unter der Anklage, einen andern Engländer, Rebeck, bei derseben Schlägerei verwundet zu haben.

[Carlyle.] Die zwei letzten Bände von Carlyle's „History of Friedrich II of Prussia, called Friederick the Great," sind nun ausgegeben. Der Verfasser schließt mit einem „Gott sei Dank" und einem Lebewohl an seine „guten" und „bösen" Leser. Sein Heroencult gipfelt in dem Wort: der alte Fritz sei „der letzte der Könige" gewesen; wann wieder ein König kommen werde, sei eine lange Frage.

Rußland.

⊙ **Warschau**, 30. März. [Stadt oder Residenz. — Wahlverbot. — Gerücht.] Die Stadt Warschau führte seit 1815 den Titel einer „Residenzstadt." Es war, wenn wir nicht irren, in dem Jahre 1834, als dieses Prädicat mit einemmale aus den amtlichen Schriftstücken verschwand und die Residenz des Königreichs Polen schlechtweg die „Stadt Warschau" genannt wurde. So blieb es bis zum März des Jahres 1861, zu welcher Zeit der vom Fürsten Gortschakoff in Folge der Februar-Ereignisse eingesetzte interimistische Stadtrath an den Magistrat die Frage stellte, auf Grund welchen Gesetzes jener Titel der Stadt genommen worden sei. Es stellte sich heraus, daß in dieser Beziehung weder ein Gesetz, noch sonst irgend eine öffentliche Kundgebung vorhanden war, und daß die Aenderung im Jahre 1834 in Folge eines Privatzettels von Paskiewitsch an den derzeitigen Präsidenten erfolgt war. Der Stadtrath forderte daher den Magistrat auf, das zu Recht bestehende Prädikat wieder aufzunehmen, was der geängstigte Präsident auszuführen sich nicht entziehen konnte; jedoch erhielt er dafür von Gortschakoff einen scharfen Verweis. Seitdem war Warschau wieder eine „Residenzstadt", bis seit ein paar Tagen die amtlichen Schriftstücke, zunächst die des Magistrats, wiederum nur eine „Stadt Warschau" enthalten. Eine öffentliche Verordnung ist hierüber nicht bekannt geworden, noch weniger ist darüber ein Gesetz erschienen; die Aenderung ist so in aller Stille eingeschmuggelt worden. Man erblickt darin einen weiteren Beweis für die beabsichtigte Umgestaltung des autonomen Königreichs in eine bloße Provinz, trotz dem, daß diese Umgestaltung bekanntlich officiell wiederholt dementirt wurde. Wie alle jetzigen Maßregeln der Regierung hier nur künftige gewaltsame Erschütterungen vorbereiten, so ist auch durch diese, an und für sich unwesentliche, jedoch erbitternde Kränkung eines von zweien erzielt, entweder Warschau wird nie die in Rußland schon eingeführte und für das Königreich Polen verheißene Institution eines Stadtraths erhalten, oder der erste Akt einer nach Aufhebung des Kriegszustandes zusammentretenden derartigen Körperschaft wird ein der Regierung gehässiger sein müssen. Wir sagen **müssen**, denn die Gewählten der Bürger Warschau's werden unmöglich ihre Stadt für eine Provinzialstadt anerkennen wollen. — Wir machten vor Kurzem Mittheilung von der vom Polizeigeneral untersagten Wahl des Comite's des hiesigen Kunstvereins, dessen Mitgliederliste derselbe sich vorlegen ließ und einer Purificirung unterzog. Ein ähnliches Eingreifen auch in Justizsachen haben wir zu notiren. Die von den Kaufleuten vorzunehmende Wahl der Beisitzenden im Handelstribunal nämlich, welche übrigens seit dem Kriegszustande früher schon zweimal stattgefunden hatte, ist diesesmal nicht gestattet; es sind die Listen der stimmberechtigten Kaufleute abgefordert worden, wohl auch behufs einer politischen Purificirung. Die Wahl sollte schon vor zwei Monaten stattfinden; inzwischen liegen noch die Listen im Bureau der General-Polizei, und Niemand weiß, was damit vorgeht. — Seit drei Tagen geht das Gerücht, daß Fürst Tscharkaski seines Amtes entlassen sei. Die Ansichten der bloßen Militär-Regierung sollen also in Petersburg gesiegt haben. Indessen scheint uns dieses Gerücht unwahrscheinlich.

Riga, 23. März. [Aufhebung der körperlichen Züchtigung.] Die „Rig. Ztg." schreibt: Es ist uns von maßgebender Stelle nachstehende Mittheilung bezüglich der Aufhebung der Körper-Strafe für die ländliche Bevölkerung Kurlands zur Veröffentlichung zugegangen:

Bereits im Jahre 1861 war mittelst einer von der Civil-Oberverwaltung bestätigten Verordnung der Commission in Sachen der kurländischen Bauer-Verordnung die körperliche Züchtigung als Polizeistrafe für die Gesindeswirthe Kurlands und deren Ehefrauen abgeschafft worden; eine gleiche auf die ländliche Bevölkerung Kurlands bezügliche Verordnung vom 7. April 1864 hatte die Körperstrafe für das ganze weibliche Geschlecht abgeschafft. In der Erwägung, daß die körperliche Züchtigung somit für einen bedeutenden Theil des kurländ. Landvolkes außer Uebung gesetzt ist, daß auch die Gutspolizeien, Guts- u. Dienstherren in Kurland dieselbe nur noch sehr ausnahmsweise anwenden, und daß bei der steigenden Cultur und Bildung auf dem flachen Lande das Züchtigungsrecht der Gemeinde-Gerichte und Land-Polizeibehörden gegen die nicht eximirten Glieder des Bauernstandes hinreichende Garantie für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung bietet, hatte das kurländische Ritterschafts-Comité sich im November v. J. an die Commission in Sachen der kurländischen Bauer-Verordnung gewandt und derselben den Vorschlag unterlegt, das den Guts-Polizeien, Guts- und Dienstherren nach §§ 117 und 259 der kurländ. Bauern-Verordnung zustehende Recht zur Verhängung körperlicher Strafen zu suspendiren und nur das Recht der Züchtigung minderjähriger Dienstboten und Zöglinge in dem durch die §§ 122 und 170 der kurländ. Bauer-Verordnung normirten Maße vorläufig fortbestehen zu lassen. Dieser Vorschlag ist von der gedachten Commission angenommen und der Civil-Ober-Verwaltung zur Bestätigung unterlegt worden und ist solcher Unterlegung in vollständiger Würdigung der von dem kurländischen Ritterschafts-Comité aufgeführten Gründe am 19. Februar d. J. die Bestätigung des Herrn General-Gouverneurs von Liv-, Est- und Kurland zu Theil geworden.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 1. April. Die Militärcommission des Abgeordneten-Hauses lehnte die, die Marine betreffenden Paragraphen des Gesetzentwurfes über die Verpflichtung zum Militärdienst und damit den ganzen Gesetzentwurf ab, einschließlich der Mühlenbeck'schen Resolution und der Resolution Gneist-Forckenbeck. (Wolff's T. B.)

Hamburg, 31. März. Nach einer hier eingegangenen Privatdepesche ist der vierte Theil von Porte-au-Prince (etwa 400 Häuser) niedergebrannt. Der Schaden beträgt 2½ Millionen Dollars.

London, 31. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen zu Montagspreisen verkauft, fremder vernachläßigt; Frühjahrs-Getreide fest. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 31. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ziemlich lebhaft, polnischer 5 Fl. höher. Roggen loco und Frühjahr ziemlich unverändert, pr. Herbst etwas flauer. Raps Frühjahr 70, Herbst 68½. Rüböl Frühjahr 38¼, Herbst 38⅜.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 1. April. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Siebenhufenerstraße Nr. 1 zwei Fußsäcke mit schwarzem Pelzfutter, einer derselben von rothem Plüsch, die Rückseite von schwarzem Leder, der andere von Seehund mit gesticktem Vorderblatt; Teichstraße Nr. 2c ein grauer Tuchrock mit weißplattirten Knöpfen auf welchen eine Grafenkrone befindlich; Tauenzienstraße Nr. 46 vierzehn Stück schmutzige rohe und drei Dutzend weiße Handtücher; Gabitz Nr. 87 ein Paar goldene Ohrringe; Messergasse Nr. 13 ein Plätteisen von Messing.

Polizeilich mit Beschlag belegt: zwei Pferdedecken und zwei Stück Schlüssel.

Verloren wurden: ein Gesindedienstbuch, auf Johanna Luske lautend; mehrere Stück gestickte Leinwand, sogenannte Settel zu Frauenhemden, in grauem Papier eingepackt.

Gefunden wurden: zwei Pferdedecken, eine preußische Kassenanweisung zu 1 Thaler, ein Portemonnaie, in welchem sich eine Marke und 11 Pfennige befanden; ein weißleinenes Taschentuch, ein Portemonnaie mit 8 Silbergr. 11 Pf. Inhalt, die Hunde-Steuermarke Nr. 2827. 65, ein altes grauwollenes Tuch und eine neusilberne Schnupftabak-Dose. (Pol.-Bl.)

II. **Aus dem Riesengebirge**, 31. März. [Schnee-Ueberfluß und Holzmangel. — Unglücksfall.] Große Schneemassen decken heut wieder Berg und Thal. Besonders lagern sie auf dem Hochgebirge in einer Höhe, wie sie den ganzen Winter, sogar seit vielen Jahren noch nicht dagewesen. Wenn uns die warmen Sonnenstrahlen gegen Mittag nicht eine leise Frühlingsahnung zuwinkten, würden wir glauben, nicht am Ende, sondern erst am Anfange des Winters, oder doch mitten drin zu stehen, und — verzweifeln. Unsere Kassen zum Ankauf von Holz sind längst bis auf den Boden geleert, und wenn sie auch Rübezahls Finanzminister wieder füllte bis über den Deckel hinaus: wir würden — obgleich mitten in den Wäldern lebend — doch **kein** Brennholz, selbst nicht zu den höchsten Preisen erlangen können, weil zu **wenig** Holz gefällt worden und deshalb kein Brennholz zu haben ist. Wir seufzen daher aus tiefster Brust nach endlicher Beendigung der Gebirgseisenbahn, damit wir endlich **Kohlen** herbeischaffen können. — Vergangene Nacht verunglückte in Petersdorf der Werkführer der Hitzeschen Holzpappen-Fabrik beim Einschmieren der Maschinentheile. Er wurde von einem Rade erfaßt und total zerquetscht, und hatte bereits sein Leben ausgehaucht, als ihn seine Mitarbeiter aus der Maschine zogen. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

L. **Ratibor**, 31. März. [Pferde- und Weinversteigerung.] Auf dem Schloßhofe wurden gestern 53, von Sr. Durchl. dem Herzog von Ratibor, dem Grafen Renard und andern Grundbesitzern hiesiger Gegend gestellte Pferde — Vollblut und Halbvollblut — öffentlich versteigert. Nationale der Pferde und Verkaufsbedingungen waren schon unterm 8. d. Mts. durch die herzogliche Gestüts-Verwaltung bekannt gemacht worden. Die Pferde wurden meist verkauft, und waren die gezahlten Preise zwischen 65—20 Frd'r. — Die Weinhandlung **Max Albrecht** versteigerte gestern einen Theil ihrer alten Ungarweine aus den Jahren 1783 bis 1841, von 10 bis 1½ Thlr. per Flasche geschätzt, und ist von den zur Versteigerung gebrachten 2000 Flaschen von einheimischen Käufern lebhaft gekauft worden. Auswärtige sind wahrscheinlich aus Ungunst des Wetters ferngeblieben. — Die Natur prangt im schönsten Weihnachtsschmuck und wenig fehlt zu einer herrlichen Schlittenbahn.

Vorträge und Vereine.

M. **Breslau**, 29. März. [Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere.] Den Vorsitz in der Sitzung vom 28. März führte Herr **Carlo**. An Thierquälereien kamen mehrere zur Anzeige und Berathung. Dahin gehören: 1) Ein Gesuch an den Verein, die vorbereitenden Schritte zur Verbesserung des bodenlosen Zustandes der **neuen Antonienstraße** durch sein moralisches Gewicht unterstützen zu wollen, welches vom Vereine gern angenommen und ihm zu willfahren beschlossen wird. 2) Eine Anzeige gegen einen hiesigen **Hürdler** in der Neustadt, dessen Gefährt und Behandlung der Thiere schon seit Jahren nicht blos dem Vereine Veranlassung zur Ausübung seiner Pflichten, sondern auch der ganzen Umwohnerschaft Aergerniß gegeben hat. Der Verein beschließt, der Anzeige weitere Folge zu geben. 3) Eine ausführliche und mit Zeugen wohlbelegte Anzeige gegen einen **Droschkenkutscher** auf dem Halteplatze am Centralbahnhofe. Derselbe rächte sich an dem Pferde eines anderen Droschkenführers, welcher außer der Reihe am Hôtel du Nord vorgefahren war, durch unbarmherzige Schläge, die er dem Thiere versetzte, da er sich an dem zugehörigen Kutscher nicht rächen konnte, so arg, daß sich endlich andere Kutscher des Pferdes annahmen. Die Sache wird dem Gerichte übergeben werden. 4) Durch ein neues Schreiben an den Verein wurde die Angelegenheit der **Stadtgraben-Enten** nochmals angeregt. Der Verein erklärte, daß er sich mit den von dem betreffenden städtischen Beamten gegebenen und von einem anderen Fachmann bestätigten Auslassungen durchaus beruhigen könne, beschließt aber gleichwohl, noch eine weitere Erklärung in der Sache zu erbitten. 5) Die Verfolgung der Grausamkeit, welche an einem Hunde auf der östlichen Hälfte der Tauenzienstraße verübt, und worüber in den hiesigen öffentlichen Blättern berichtet worden ist, wird mit erneuter Energie aufgenommen werden, da neue Indicien in der Sache eingebracht worden sind. 6) Endlich wird Nachstehendes angezeigt. Ein Scharfrichter fing auf der Ohlauerstraße einen Hund, der ihm jedoch wieder entwischte. Am Hintermarkt erhaschte er ihn jedoch wieder. Jetzt ergab sich, daß das Thier nach Vorschrift mit Maulkorb und Marke versehen war und das Publikum nöthigte den Fänger, das Thier loszulassen, wobei derselbe die Aeußerung gethan haben soll: „Der Hund hat doch einen Knicks bekommen." Die Bedeutung des Wortes „Knicks" zu erfahren, wird der Verein weitere Schritte thun.

☐ **Breslau**, 30. März. [Handwerker-Verein.] Der gestrige Abend brachte wiederum einen Vortrag über **Buchführung**, diesmal über **doppelte**. Der Vortragende Kaufmann O. **Silberstein** wies in seiner Einleitung darauf hin, daß für **Handwerker** die **einfache Buchführung** anwendbarer sei, indeß die doppelte sich besonders für ausgedehntere Geschäfte eignet, wie für die des Kaufmanns und Fabrikanten. — O. **Silberstein** theilte mit, daß er **Mitte April** einen **Kursus** in den **Comptoirwissenschaften** und der **Buchführung für Frauen** eröffnen werde, dessen Honorar für die **Angehörigen der Vereinsmitglieder** nur 15 Sgr. betrage und daß Listen zur Einzeichnung der Theilnehmer an der Controle

ausgelegt sind. — Red. Th. Oelsner beantwortete einige Fragen über Wappen, über die Arbeiterbewegung in Burg, Leipzig und England und sprach sich für Beibehaltung des Sommersingens aus. Hiermit schloß das 1. Quartal des Vereins.

X. **Kattowitz**, 30. März. [Vereinsleben.] Der Gewerbeverein erfreut sich in diesem Jahre einer unerwartet regen Theilnahme; seine Mitgliederzahl ist jetzt schon auf 199 (davon 149 einheimische) gestiegen, der Bibliothek geben manche reiche Gaben zu und die Sitzungen sind stark besucht, so z. B. die beiden letzten von 63 resp. 53 Personen. Am 8. März wurde der Civil-, insbesondere der Bagatell-Prozeß gemeinverständlich erörtert und von einem Gaste das Wesen der Stenographie und deren Anwendung nach Gabelsberger erläutert; am 29. März fand ein geistvoller Vortrag über ein Kapitel der physischen Geographie: die Vertheilung und Gestaltung der Continente und über deren Einfluß auf die menschliche Culturentwickelung statt. Der Antrag des Vorsitzenden, ein Vereins- und gewerbliches Annoncenblatt für Kattowitz in's Leben zu rufen, fand allseitige Unterstützung. — Der Vorschuß-Verein hat seit dem 1. Januar bereits 9000 Thlr. ausgeliehen und dem Sterbekassen-Verein sind bis heute 116 Personen beigetreten. — Der Turn-Verein hat seinen Vorstand neu gewählt und besteht dieser aus den früheren Mitgliedern: Sekretär Hoffmann, Bergsekretär Seidel, Techniker Bänisch, und den neu eingetretenen: Calculator Kaluza und Dr. med. Holtze; er hat 100 Mitglieder und einen fleißig turnenden, tüchtigen Stamm. — Der Gesang-Verein endlich führt in Folge einer ihm wenig zuvorkommenden Haltung derjenigen Wirthe, welche geeignete Lokale haben, ein Nomadenleben, das glücklicherweise nicht störend auf seinen Bestand zurückwirkt, während der dramatische Verein einem gleichen Geschick erlegen ist. — Für rein gesellige Zwecke sorgt eine Ressource. — Und das alles, alles in dem bekannten Striche der Wasserpolakei!

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

≅ **Breslau**, 30. März. [Gerichtliches.] Vor der II. Criminaldeputation des königl. Stadtgerichts erscheint der Kaufmann Raphael Tuch von hier des Betruges angeklagt.

Tuch war Eigenthümer des Hauses Ursulinerstraße Nr. 2 hier. Ende des vorigen Jahres beabsichtigte er dieses Haus zu verkaufen und bediente sich zum Vermittler des Geschäftes des hiesigen Commissionairs B. Daß Tuch für das Haus so viel als möglich Kaufgeld herausschlagen wollte, kann ihm Keiner verdenken, allein das Mittel, welches er, um zu diesem Zwecke zu gelangen, anwandte, war kein probates. Er machte nämlich dem B. eine überaus glänzende Schilderung seines Hauses, hob namentlich hervor, daß der Hypothekenstand des Hauses ein sehr günstiger sei, da die darauf haftenden Posten vor dem Jahre 1871 nicht kündbar seien und daß das Haus einen jährlichen Miethsertrag von 553 Thalern gewähre. B. beherzigte diese ihm gegebenen Notizen und pries das Tuch'sche Haus nach besten Kräften an.

Er fand auch bald einen Käufer für dasselbe in der Person des Schuhmachermeisters Leßmann. Man trat mit diesem in Unterhandlungen, Tuch hielt dem Leßmann gegenüber ein neue Lobrede auf sein Haus und fügte den von B. schon mitgetheilten guten Eigenschaften noch die hinzu, daß Leßmann auch die Miethen des Hauses beliebig erhöhen könne. Es kam hierauf eine Punctation zu Stande, in der ausdrücklich festgesetzt wurde, daß die Hypotheken in Höhe von 5900 Thlr. nicht kündbar seien, und demnächst wurde vor dem Notar der eigentliche Kaufvertrag abgeschlossen, laut dessen Leßmann das Haus für 8050 Thlr. kaufte, auf dies Kaufgeld 400 Thlr. baar zahlte und über den Rest Wechsel ausstellte.

Leßmann war über den Abschluß des Kaufes, den er nach den ihm gemachten Mittheilungen für einen äußerst vortheilhaften halten mußte, sehr erfreut, allein die Freude war nur von kurzer Dauer.

Sein erstes Geschäft, als er in das Haus eingezogen, war, einen Ueberschlag über den Ertrag zu machen; und siehe da, das Haus brachte nicht 553 Thl. Miethe, sondern nur 514 Thl., d. h. 39 Thl. weniger, eine Summe, die ein Kapital von 7—800 Thl. repräsentirt und um die also das Haus weniger werth war. Es war daher erklärlich, daß Leßmann sofort daran ging, die Miether des Hauses zu erhöhen, was ihm ja nach den ihm gemachten Versprechungen freistand. Die Miether bestritten ihm nun auch gar nicht, seine Berechtigung, sie zu erhöhen, waren jedoch keineswegs gewillt, höheren Miethszins zu geben, sondern erklärten, alsdann ausziehen zu wollen. Sollte nun das Haus nicht unbewohnt sein, so mußte Leßmann schon die Miether ruhig sitzen lassen und seinen Verlust verschmerzen. Dies hätte er wohl auch gethan, wenn es ihm schließlich nicht doch zu arg gekommen wäre.

Denn eines Tages meldete sich bei ihm die verw. Schneidermeister H. als Hypothekengläubigerin und kündigte ihm die für sie auf dem Hause haftenden 500 Thl., ein Gleiches that der Partikulier P. mit seiner Forderung von 1000 Thl. Dieselben erklärten dem darob entsetzten Schuhmachermeister, daß sie allerdings sich verpflichtet, ihre Forderungen nicht zu kündigen, aber nur so lange Tuch der Besitzer des Hauses sein würde. Jetzt befände sich aber das Haus schon in der dritten Hand.

Das war dem Leßmann doch etwas zu viel; er sah ein, daß er der Betrogene sei und verlangte daher von Tuch, daß dieser das Geschäft rückgängig machen solle. Daran dachte jedoch Tuch, der sein Haus so gut los geworden, durchaus gar nicht. Er ließ es, ohne sich die Folgen seiner Handlungsweise zu überlegen, zu einem Prozesse kommen, in dem Leßmann gegen ihn auf Ungiltigkeitserklärung des Kaufvertrages klagte und aus diesem Civilprozeß entwickelte sich, wie dies so häufig geschieht, ein ganz unangenehmer Criminalprozeß. Denn von Seiten der königl. Staatsanwaltschaft wurde in dem Benehmen des Tuch dem B. und dem Leßmann gegenüber der Thatbestand eines Betruges erblickt, da Tuch lediglich durch das Vorbringen der oben erwähnten falschen Thatsachen den Leßmann zum Abschluß dieses für Tuch so lucrativen Kaufgeschäfts bewogen habe.

Tuch hält sich keineswegs für schuldig; nach seiner Ansicht ist der Vermittler des Geschäfts, B., der Schuldige; dieser habe das Haus in- und auswendig gekannt, er habe es schon 4mal verkaufen helfen und auch das gegenwärtige Geschäft ganz allein besorgt. Hinsichtlich des Miethsertrages warf Tuch dem Leßmann vor, daß er nicht rechnen könne; denn er habe z. B. den Ertrag einer Remise mit 20 Thlr. nicht in Anschlag gebracht, so daß also die Miethen um diese Summe sich schon höher stellten. — Seinen Angaben steht jedoch namentlich die Aussage des B. gegenüber, nach denen der Abschluß des Geschäfts zwischen Leßmann und Tuch direct erfolgt sei, seine Vermittlung als Mäkler aber sofort nach Herbeischaffung des Leßmann als Käufer aufgehört habe.

Von Seiten der Vertheidigung (Rechts-Anwalt Gad) wurden die Belastungszeugen scharf mitgenommen. Der Gerichtshof fand den Tuch des Betrugs für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von 2 Monaten, 100 Thlr. Geldbuße, im Unvermögensfall noch 6 Wochen Gefängniß und Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr.

Subhastationen im April.

Reg.-Bez. Breslau.

Nieder-Obernigk, Grundstück 42, abg. 1900 Thlr., 26. April 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abth. Trebnitz.
Ibsdorf, Freigärtnerstelle Nr. 8, abg. 1585 Thlr., 26. April 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abth. Wohlau.
Herrnstadt, Grundstück Nr. 4, abg. 1950 Thlr., 22. April 11 Uhr, Kr.-Ger.-Comm. Herrnstadt.
— Grundstück Nr. 114, abg. 1290 Thlr., 22. April 11 Uhr, Kr.-Ger.-Comm. Herrnstadt.
Nimptsch, Besitzung Nr. 69 b. u. 71 b., abg. 1228 Thlr., 29. April 11 Uhr, Kr.-Ger.-Dep. Nimptsch.
Schweidnitz, Vorwerk Nr. 607 (der Bieter stellt Kaution von 10,000 Thlr.), 7. April 3 Uhr Nachm., Kr.-Ger. 2. Abth. Schweidnitz.
Breslau, Grundstück an der Dürrgoyer Feldmark, Band 9 fol. 153, abg. 10,363 Thlr., 27. April 11 Uhr, Stadtger. 1. Abth. Breslau.
— Grundstück Nr. 87 der Tauenzienstr., abg. 25,468 Thlr., 29. April 11 Uhr, Stadtger. 1. Abth. Breslau.
— Acker Nr. 9 vor dem Ohlauerthore, abg. 1696 Thlr., 27. April 11 Uhr, Stadtger. 1. Abth. Breslau.
Thiergarten, Freistelle und Schmiedenahrung Nr. 23, abg. 1650 Thlr., 27. April 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abth. Wohlau.

Reg.-Bezirk Liegnitz.

Stranz, Scholtisei Nr. 1, abg. 9190 Thlr., 5. April 11 U., Kr.-Gericht 1. Abth. Bunzlau.
Görlitz, Häuser Nr. 497 und 498, abg. 6521 Thlr., 10. April 10 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Görlitz.
Schwerta, Bauergut Nr. 73, abg. 2860 Thlr., 8 April 11 U., Kr.-Ger.-Commission Meffersdorf.
Wilhelmsfeld, Rittergut, abg. 14,265 Thlr., 6. April 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Rothenburg.
Sagan, Grundstück Nr. 180, abg. 7504 Thlr., 11. April 11 U., Kr.-Ger. Sagan.
Goldberg, Hausgrundstück Nr. 6, abg. 2625 Thlr., 20. April 11 U., Kr.-Ger. Goldberg.
Kl.-Selten, Bauergut Nr. 2, abg. 2513 Thlr., 10. April 10 U., Kr.-Ger.-Commission Priebus.
Schreiberhau, Mühle Nr. 3, abg. 3334 Thlr., 21. April 9 U., Kr.-Ger.-Commission Hermsdorf u. K.
Sänitz, Papiermühlen-Grundstück Nr. 6, abg. 22,611 Thlr., 20. April 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Rothenburg.
Rengersdorf, Bauergut Nr. 11, abg. 5056 Thlr., 22. April 11 U., Kr.-Ger. Sagan.
Albendorf, Bauergut Nr. 20, abg. 4800 Thlr., 21. April 11 U., Kr.-Ger.-Commission Schömberg.
Landeshut, Ackerstück Nr. 339, abg. 1401 Thlr., 28. April 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Landeshut.
Parchwitz, Haus Nr. 17, abg. 1100 Thlr., Haus Nr. 20, abg. 412 Thlr., Garten Nr. 12, abg. 32 Thlr., 26. April 11 U., Kr.-Ger.-Commission Parchwitz.
Küpper, Gärtnerstelle Nr. 61, abg. 2105 Thlr., 28. April 11 U., Kr.-Ger.-Commission Seidenberg.

Reg.-Bezirk Oppeln.

Ottmachau, Haus Nr. 33, abg. 1252 Thl., 10. April 11 Uhr, Kreis-Ger.-Commission Ottmachau.
Brzezinka, Besitzung Nr. 162, abg. 9864 Thl., 26. April 11 Uhr, Kreis-Ger.-Commission Myslowitz.
Sacrau, Gärtnerstelle Nr. 5, abg. 1500 Thl., 12. April 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abth. Oppeln.
Sczeykowitz, Bauerstelle Nr. 5 (Miteigenthum), abg. 1100 Thl., 7. April 11 Uhr, Kr.-Ger. 1. Abth. Rybnik.
Landsberg, Ackerstück Nr. 261, abg. 1280 Thl., 10. April 11 Uhr, Kreis-Ger.-Comm. Landsberg OS.
Sohrau, Stadthaus Nr. 162, abg. 2071 Thl., 12. April 11 Uhr, Kr.-Ger.-Comm. Sohrau.
Krug, Häuslerstelle Nr. 62, abg. 1398 Thl., 22. April 11 Uhr, Kreis-Ger. 1. Abth. Leobschütz.
Neudorf, Gärtnerstelle Nr. 15, abg. 1200 Thl., 22, April 11 Uhr, Kreis-Ger.-Comm. Landsberg.
Brzezowitz, Ackerstelle Nr. 2, abg. 3005 Thl., 26. April 11½ Uhr, Kreis-Ger. 1. Abth. Beuthen.
Domb, Bauergut Nr. 24, abg. 1400 Thl., 24. April 11½ Uhr, Kreis-Ger. 1. Abth. Beuthen.
Leobschütz, Haus Nr. 13, abg. 1897 Thl., 19. April 11 Uhr, Kreis-Gericht 1. Abth. Leobschütz.
Gogolin, Besitzung Nr. 198, abg. 35,320 Thl., 26. April 10 Uhr, Kreis-Ger. 1. Abth. Gr.-Strehlitz.
Leschnig und Ob.-Glogau, Wassermühle Nr. 7, so wie Wiese Nr. 7, abg. 13,535 Thl., 26. April 11 Uhr, Kr.-Ger.-Commission 1. Bezirk Ober-Glogau.

Breslau, 1. April. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. — Z. U.-P. 3 F. 1 Z. Eisstand.

[Breslauer Börse vom 1. April.] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Poln. Papiergeld 79 11/12—80⅙ bez. Oesterr. Banknoten 92—91¾ bez. u. Gd. Schles. Rentenbriefe 99⅓—¼ bezahlt. Schles. Pfandbriefe 91¾—⅞ bez. Oesterr. Nat.-Anleihe 70½ bez. u. Gd. Freiburger 144¼—144 bez. u. Br. Neisse-Brieger 90¼ Gd. Oberschl. Litt. A. u. C. 169¼—169 bez. Wilhelms-Bahn 63 Br. Oppeln-Tarnowitzer 81¼—82 bez. u. Br. Oesterr. Creditbank-Actien 83½ bez. u. Br. Schles. Bank-Verein 110 Br.

Breslau, 31. März. [Wollbericht.] Im abgelaufenen Monat war das Geschäft in mittel und geringeren Wollen wiederum lebhaft, und wurden im Ganzen ca. 6000 Ctr. zum bei weitem größten Theile an inländische Fabrikanten zu vormonatlichen Preisen verkauft; auch einige hundert Centner schlesische Wollen wurden für Frankreich zu sehr gedrückten Preisen genommen. Unser Lager ist in Mittel-Wollen durch neue Zufuhren nicht unerheblich verstärkt; in schlesischen und posener Wollen haben wir noch einen ungewöhnlich großen Bestand.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 31. März, Nachm. 3 Uhr. Auf höhere Consolsnotirungen von Mittags 12 Uhr (90) war die Haltung sämmtlicher Effekten eine feste. Später war indeß Alles angeboten. Die 3proz. begann in recht fester Haltung zu 67, 60, fiel bis 67, 40 und schloß matt zur Notiz. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 45. Italien. 5proz. Rente 65, 05. 3proz. Spanier . 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 437, 50. Credit-Mobilier-Aktien 830, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 545, —.

London, 31. März, Nachm. 4 Uhr. Consols 89⅞. 1proz. Spanier 40¾. Sardinier 77. Mexikaner 26¾. 5proz. Russen 88⅞. Neue Russen 89½. Silber 60⅝. Türk. Consols 54. 6proz. Ver St.-Anl.pr. 1862 57½. Hamburg 3 Monate 13 Mk. 8¾ Sh. Wien 11 Fl. 35 Kr.

Der Dampfer „Cuba" ist mit Nachrichten vom 22. d. Mts. Mittags aus New-York in Queenstown eingetroffen.

Wechselcours auf London 170¾, Goldagio 57¼, Baumwolle 50, 5—20, Bonds 105⅝.

Wien, 31. März, Nachm. 2 Uhr. Schwankend. Schluß-Course: 5proz. Metall. 70, 90. 1854er Loose 87, 50. Bank-Aktien 794. Nordbahn 178, 90. National-Anl. 77, 10. Creditaktien 183 —. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 191, 30. Galizier 212, 75. London 110, 40. Hamburg 82 35. Paris 43, 80. Böhm. Westbahn 160, 75. Credit-Loose 127. 1860er Loose 93, 15. Lombard. Eisenbahn 237, 50. Neues Lotterie-Anl. —, —.

Frankfurt a. M., 31. März, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Im Allgemeinen fest. Amerikaner sehr lebhaft, eröffneten höher. Nach der Börse wurde die Stimmung etwas matter. Schluß-Course: Wiener Wechsel 107⅞. Finnländ. Anleihe 86¾ B. Neue 4½proz. Finnländ. Pfandbriefe 83⅝. 6proz. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 58⅝. Oesterr. Bank-Antheile 848. Oesterreich. Credit-Aktien 196. Darmstädter Bank-Aktien 235 B. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 1 8½. Böhm. Westbahn 73⅜ B. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 149. Hess. Ludwigsb. 135¼ B. Darmst. Zettel-Bank 260 B. 1854er Loose 78¼ B. 1860er Loose 85⅜. 1864er Loose 94⅝ B. Oesterr. Nat.-Anl. 68½. 5proz. Metall. 63⅛. 4½proz. Metall. 55¾.

Frankfurt a. M., 31. März, Abends. Im heutigen Privatverkehr in der Effekten-Societät wurden Amerikaner anfangs zu 58 gehandelt, stiegen bis 60¼ und schlossen in fester Haltung zu 60. Credit-Aktien 194¼—194⅝.

Hamburg, 31. März, Nachm. 2½ Uhr. Börse lebhaft. Wetter milder. Schluß-Course: National-Anl. 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 82⅜. Vereinsbank 106¼. Norddeutsche Bank 115¾. Rheinische 110. Nordbahn 76¾. Finnländ. Anl. 83¼. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1862 53½. Diskonto 2¼, 2%. Wien 84, 12. Petersburg 27.

Hamburg, 31. März. [Getreidemarkt.] In Folge des milderen Wetters matter. Inhaber halten fest. Weizen April-Mai 5400 Pfd. netto 95½—95 bez., Br. u. Gd. Roggen April Mai 5100 Pfd. brutto 80—79½ bez., Br. u. Gd. Oel ruhig, Mai 26, Okt. 25¾. Kaffee 3000 Sack Domingo umgesetzt. Briefe aus Rio de Janeiro vom 13. d. M. melden einen Kaffeerückgang von 100—200 Reis. Zink ruhig.

Liverpool, 31. März, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 12,000 Ballen Umsatz. Wochenumsatz 38,330, zum Export verkauft 5450, wirklich exportirt 5534, Consum 25,000, revidirter Vorrath 580,000 Ballen. Letzterer betrug 12,000 Ballen weniger als angenommen war. Amerikanische 15½, fair Dhollerah 11½, middling fair Dhollerah 10, middling Dhollerah 9, Bengal 6½.

Berlin, 31. März. Der Abschluß des Regulirungsgeschäfts ließ für alle übrige Thätigkeit der Börse Raum und Muße genug, um eine noch festere Haltung der Börse sich kundgeben zu lassen. Ueberwiegend waren jedoch alle Kräfte von dem Ultimo in Anspruch genommen, dessen Abwickelung insofern geringeren Schwierigkeiten begegnete, als die gestern beschlossene Discouto-Ermäßigung in London Geld an unserm Platz zwar nicht wohlfeiler machte, aber doch eine größere Willigkeit bedingte. Ueberdem waren Kaufordres für Kapitalpapiere am Platz, namentlich auch für Eisenbahnprioritäten und 4½% Anleihen und Staatsschuldscheine heute ein stärkerer Begehr bemerkbar; die 62r Emission der 4% Anleihen war selbst über Notiz noch zu lassen; Staatsschuldscheine wurden ⅛ besser bezahlt (91¾); nur die 5% Anl. war ⅛ billiger (106). An Lebhaftigkeit fehlte es übrigens auch den bei der Spekulation augenblicklich meist accreditirten Effekten keineswegs, namentlich war in österr. Cred.-Akt. und Loosen, in Nordbahn, Mastrichtern, Amerikan. und russ. Präm.-Anl. kein geringer Umsatz; auch von den preuß. Bahnen waren viele Devisen beliebt, besonders Anhalter, Potsdamer und Bergisch-Märkische; von Crediteffekten Genfer und Darmstädter. Die Coursentwickelung war in diesen und in allen Rubriken des Courszettels überhaupt steigend. Der Schluß war allgemein günstig und brachte noch manche Coursbesserungen zu Wege. (B. u. H.-Z.)

Berlin, 31. März. Weizen loco 45 61 Thl. nach Qualität, gelber märkischer 54 Thl. ab Bahn bez., schwimmend 1 Ladung feiner bunter poln. 58 Thl. bez. — Roggen loco 82—83pfd. 36¼—⅛ Thl. ab Bahn bez., 80—81pfd. 36¼ Thl. ab Bahn bez., März 36¼—⅛ Thl. bez., Frühjahr 36⅛—35¾—⅞—⅛ Thl. bez. und Gld., ⅝ Thl. Br., Mai-Juni 36—35⅞—36⅛—35¾ Thl. bez. und Br., ⅝ Thl. Gld., Juni-Juli 37—⅛—37 Thl. bez. und Br., 36¾ Thl. Gld., Juli-Aug. 38—¼—38 Thl. bez. und Br., 37¾ Thl. Gld., Sept.-Oktbr. 39—⅛—39 Thl. bez — Gerste, große und kleine 27—34 Thl. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—25 Thl., pomm. 24½ Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. Frühjahr 22¾ Thl. bez. und Br., Mai-Juni 23 Thl. Br., Juni-Juli 23¾ Thl. bez., Sept.-Okt. 24¾ Thl. Br. — Erbsen, Kochwaare 45—52 Thl., Mittelwaare 45 Thl. pr. 2250 Pfd. bez., Futterwaare 42—45 Thl. — Rüböl loco 12 1/12 Thl. Br., März und März-April 12 1/12 Thl. Br., April-Mai 12 1/24—12 Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 12⅛—1/12 Thl. bez. und Gld., ⅛ Thl. Br., Sept.-Okt. 12 5/24—⅙ Thl. bez. und Gld., 5/24 Thl. Br. — Leinöl loco 12¾ Thl. Br. — Spiritus loco ohne Faß 13¾—⅔ Thl. bez., März und März-April 13⅞ Thl. Br., 7/12 Thl. Gld., April-Mai 13⅝—¾—7/12 Thl. bez. und Gld., ⅝ Thl. Br., Mai-Juni 13⅞—¾ Thl. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 13 19/24—14 5/24—¼—⅛ Thl. bez. und Gld., ⅙ Thl. Br., Juli-Aug. 14 7/12—⅝—⅛ Thl. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 14 19/24—⅚—¾ Thl.

Weizen in unverändert fester Haltung. Roggen zur Stelle wurde in kleinen Pöstchen zu etwas billigeren Preisen umgesetzt. Termine unterlagen auch heute wieder mehrfachen Schwankungen und war die Stimmung durchgehends flau, wozu die eingetretene milde Witterung in Verbindung mit starken Realisationen Hauptveranlassung gab. Der Handel war zu den weichenden Preisen recht belebt und waren spätere Sichten noch eher besser verkäuflich. Gek. 2000 Ctnr. Hafer loco knapp, Termine behauptet.

Auch Rüböl wurde von der milden Witterung beeinflußt und Preise für alle Sichten büßten reichlich ⅙ Thl. pro Ctnr. ein. Der Umsatz war trotz der weichenden Tendenz sehr beschränkt, da sich nur wenige Frage zeigte. Spiritus schloß sich der Flaue der übrigen Artikel an. Ueberwiegende Kauflust drückten Preise gleichfalls um ca. ¼ Thl. vom höchsten Standpunkt und schließt der Markt auch zu letzten Coursen mit Angebot.

Berliner Börse vom 31. März 1865.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	102¼ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	106 bz.
dito 1850, 52	4	98½ bz.
dito 1853	4	98½ bz.
dito 1854	4½	102⅜ bz.
dito 1855	4½	102⅜ bz.
dito 1856	4½	102⅜ bz.
dito 1857	4½	102⅜ bz.
dito 1858	4½	102⅜ bz.
dito 1864	4½	102⅜ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129¾ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅛ B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87 bz.
Pommersche	3½	86⅝ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	95⅞ G.
Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98⅝ bz.
Pommersche	4	98⅝ bz.
Posensche	4	97 bz.
Preussische	4	98¾ G.
Westph. u. Rhein.	4	99⅛ bz.
Sächsiche	4	99 bz.
Schlesische	4	99 G.

Louisd'or 111⅝ bz. | Oest Bkn. 91¾ bz.
Goldkronen 9. 9¼ G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	64⅝ bz.
dito Nat.-Anl.	5	70⅜ à ¾ bz.
dito Lott.-A v. 60	5	85 a ¼ bz
dito dito 64	—	54 bz. u. B.
dito 54er Pr.-A.	4	80 B.
dito Eisenb.-L.	—	77¾ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	88⅛ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	89 G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73 bz.
Poln-Pfandbr III Em.	4	75¼ B.
Poln. Obl. à 500 Fl	4	89½ G.
dito à 300 Fl.	5	92 bz. u. B.
dito à 200 Fl	—	— — —
Kurhess 40 Thlr.	—	56½ etw. bz.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	30½ etw. bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	101⅜ bz.
dito II.	4½	101 bz.
dito IV.	4½	99¾ G.
dito III.v.St.3½g.	3½	84 bz.
Cöln-Minden	4½	102¾ G.
dito II.	5	— — —
dito	4	95 G.
dito III.	4	93⅛ G
dito	4½	101¼ bz.
dito IV.	4	92¾ à 93 bz
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	[illegible]0¾ B.
dito III. Em.	4½	97½ B.
Galiz. Ludwigsb	5	86¾ B.
Niederschl.-Märk.	4	96¾ bz.
dito conv.	4	96⅝ bz.
dito III.	4	94¾ b.
dito IV.	4½	101¼ G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102½ B.
Oberschles. A.	4	96¼ bz. u. G.
dito B.	3½	85¼ G.
dito C.	4	95⅜ G.
dito D.	4	95⅜ G.
dito E.	3½	84 b.
dito F.	4½	101½ G.
Oest.-Franz.	3	260½ bz u. G.
Oest. südl. St.-B.	3	250¼ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	101 G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	4 7/30	3½	10[illegible]¼ G.
Aachen-Mastrich	—	—	4	43 à ½ bz.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	117½ bz.
Berg.-Märkische	6½	—	4	138 G.
Berlin-Anhalt	9¾	11⅚	4	191½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	83½ G.
dito St.-Prior.	—	—	5	98½ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	10	4	142½ G.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	16	4	217 bz.
Berlin-Stettin	8⅓	—	4	134⅞ bz. (i. D)
Böhm.-Westb.	—	—	5	73⅜ bz.
Breslau-Freib.	7½	8⅔	4	143 à 144 bz.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	207½ G.
Cosel-Oderberg	1½	—	4	62¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	88 B.
dito dito	—	—	5	92¾ bz.
Galiz.Ludwigsb.	6	—	5	97½ bz.
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅛	4	148½ bz.
Magd.-Halberst.	22⅔	—	4	229 bz.
Magdb.-Leipzig	17	—	4	258¼ B.
Mainz-Ludwigsh	7	—	4	131¾ bz.
Mecklenburger	2½	3½	4	78½ etw.bz.u.B.
Neisse-Brieger	4⅛	—	4	90½ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	97 G
Niederschl.Zwgb	2⅔	—	4	84½ bz.
Nordb.,Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	78 bz. u. G.
Oberschles. A	10½	10	3½	168 à 169 bz.
dito B	10½	10	3½	148½ bz.
dito C	10½	10	3½	168 à 169 bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	116¾ à 117 bz.
Oest. südl. St.-B.	8	—	5	144½ à 145 bz.
Oppeln-Tarn	2½	—	4	81 bz.
Rheinische	6	—	4	112 bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	114½ B
Rhein-Nahebahn	—	—	4	31 bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	5	6⅔	3½	103½ bz.
Stargard-Posen.	4⅚	—	3½	97 bz.
Thüringer	7⅗	—	4	135 bz.
Warschau-Wien	—	—	5	68¾ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1863	1864	Zf.	
Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	130 G.
Braunschw. B.	—	—	4	84½ G
Bremer Bank	5⅘	7 3/10	4	114 etw. bz.
Danziger Bank	6	7½	4	111½ G.
Darmst. Zettelb.	6	8	4	102 bz. u. B.
Geraer Bank	7	8	4	107¼ bz
Gothaer „	6½	—	4	101½ etw. bz.
Hannoversche B.	5⅕	—	4	100¼ etw. bz.
Hamb. Nordd. B.	6⅜	7⅝	4	114⅞ G.
„ Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	105¾ bz.
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	109½ B.
Luxemburger B.	9		4	86½ bz.
Magdeburger B.	4½	5 9/10	4	102 G.
Posener Bank	5 8/15	10 19/20	4	101⅜ etw. bz.
Preuss. Bank.-A.	7 37/40	7	4½	146½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	76½ Klgkt.bz uG.
Weimar „	5½	7	4	100¼ bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	—	4	112 etw. bz.
Coburg.Credb.A.	7	—	4	101 B.
Darmstädter „	5½	6	4	91¼ i.P.bz u G.
Dessauer „	—	—	—	3¼ p. St. bz.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	103 etw. bz.
Genfer Credb. A.	1	—	4	41¾ i.P.bz.u G.
Leipziger „	4	—	4	86 G. i. D.
Meininger „	7	—	4	100⅝ etw. bz.
MoldauerLds.-B.	2½	—	4	42⅜ bz.
Oesterr.Credb.A.	6	—	5	84 à ¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	—	4	110 G.
Minerva	—	—	5	32⅜ bz.
Fbr.v.Eisenbbfd.	8	8½	5	115½ bz.

Stettin, 31. März. Weizen etwas niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 47—56 Thl., 83—85pfd. gelber pr. Frühjahr 56¼—56 Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 56½ Thl. Br., Juni-Juli 57¼ Thl. bez., Juli-Aug. 58¼ Thl. bez., Sept.-Okt. 59¼ Thl. bez. und Gld., Okt.-Nov. 60 Thl. bez. — Roggen niedriger, pro 2000 Pfd. loco 35½—35¾ Thl. bez., Frühjahr 36—35⅝—½ Thl. bez., ¾ Thl. Br., Mai-Juni 36-35¾ Thl. bez., Juni-Juli 37—36¾ Thl. bez., Juli-Aug. 37¾ Thl. Br., August 38¼ Thl. bez., Sept.-Okt. 39¼—⅛ Thl. bez. — Gerste ohne Umsatz. — Hafer 47—50pfd. Frühj. 23¾ Thl bez. und Gld, Juni-Juli 24¾ Thl. bez. — Rüböl flau, loco 12 Thl. bez., April-Mai 12—11⅞—⅚ Thl. bez., Sept.-Okt. 12⅛—⅛—1/12 Thl. bez. und Gld., Okt.-Nov. 12¼ Thl. bez., — Spiritus matt, loco ohne Faß 13⅓—¼ Thl. bez., Frühjahr 13½ Thl. bez. und Gld., Mai-Juni 13⅔ Thl. Br, Juni-Juli 14 Thl. Br., Juli-August 14½ Thl. bez. und Br.

⊕ **Breslau**, 1. April. Wind: Süd-West. Wetter: Schneetreiben. Thermometer Früh 1 Grad Kälte. Bei mangelnder Kauflust war der Geschäftsverkehr am heutige Markte äußerst beschränkt, Preise konnten sich daher nicht behaupten.

Weizen matt, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 61—66 Sgr., wenig erbrochene 52—56 Sgr., erwachsene 48—50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 58 60 Sgr., wenig erbrochene 50—54 Sgr., erwachsene 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen billiger erlassen, pr. 84 Pfund 41—42 Sgr., feinste Sorte bis 43 Sgr. bezahlt. — Gerste wenig Umsatz, pr. 74 Pfd. weiße 36—38 Sgr., helle 33—34 Sgr., gelbe 31—32 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 24—27 Sgr. — Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken gefragt, 62—70 Sgr. — Oelsaaten fest. — Lupinen nur in trockener Waare beachtet. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapskuchen beachtet, 50 bis 52 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen, alter	60—64—73	Erbsen	58—60—66
„ „ neuer	60—67	Wicken	62—64—70
Gelber Weizen, alter	58—64—68	Lupinen	45—60—72
„ „ neuer	57—60	Bohnen	70—78—88
Erwachsener Weizen	42—46—52		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	41—42—43	Schlag-Leinsaat	160—180—195
Gerste, neue	31—33—38	Winter-Raps	180—212—228
Hafer, neuer	23—25—27	Winter-Rübsen	175—195—210

Kleesaat schwach zugeführt, — rothe fest, ordinäre 14⅝—18 Thlr., mittle 19—21 Thlr., feine 23—25½ Thlr., hochfeine 26—27 Thlr. und darüber bez., — weiße ruhig, ordinäre 13—15 Thlr., mittle 16—18 Thlr., feine 19—21 Thlr., hochfeine 22—23 Thlr. pr. Centner.

Thymothee gefragter, 12—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 12⅛ Thlr., April 12⅛ Thlr., pr. Herbst 12¼ Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12⅝ Thlr., Frühjahr 13 Thlr., Herbst 14½ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.